

Hintergrund- und Diskussionspapier

Nr. 86 Januar 2025

ISSN 1439-2011

Krieg, Krisen, Rechtsruck – Friedensarbeit vor Ort neu herausgefordert

Dokumentation der Veranstaltung am 19. Oktober 2024 in Halle (Saale)



Dieses Papier enthält Vorträge und Zusammenfassungen des gleichnamigen Fachgesprächs, das der Bund für Soziale Verteidigung in Kooperation mit dem Friedenskreis Halle und der Ev. Erwachsenenbildung Sachsen-Anhalt am 19. Oktober 2024 veranstaltet hat. Die Tagung wurde gefördert von dem Friedenspolitischen Fonds der AGDF.

Inhalt

Einleitung: Fachgespräch "Krieg, Krisen, Rechtsruck - Friedensarbeit vor Ort neu herausgefordert"	Christine Schweitzer	3
Mayors for Peace. Die Arbeit der Bürgermeister*innen für den Frieden		5
Befragung der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden zu lokaler Friedensarbeit	Agnes Sander	7
Friedensarbeit in Halle (Saale)	Ralf Buchterkirchen	10
Friedensstadt Freiburg: Aufrüstung und Krieg den Boden entziehen!	Christoph Besemer	14
Friedensarbeit von Städten – Mayors for Peace und Städtepartnerschaften für Frieden nutzen	Heidemarie Dann	21
Kommunale Konfliktberatung	Ornella Gessler und Felix Hänche	25
Friedensarbeit in Halle	Christof Starke	29
Dokumentation: Was hat sich bewährt?		31

Herausgeber:

Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8
32423 Minden

Fachgespräch Kommunale Friedensarbeit:

Krieg, Krisen, Rechtsruck – Friedensarbeit vor Ort neu herausgefordert
Dokumentation der Veranstaltung am 19. Oktober 2024 in Halle (Saale)
Redaktion: Christine Schweitzer

Fotos: wo nicht anders angegeben, © C. Schweitzer

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr.86

Herausgeber:

Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Januar 2025
ISSN 1439-2011
Lizenz: BY-NC-ND 4.0 DEED

4,- Euro für die Printversion zuzügl. 3,-Versandkosten, PDF kostenlos

Einleitung:

Fachgespräch "Krieg, Krisen, Rechtsruck - Friedensarbeit vor Ort neu herausgefordert"

Christine Schweitzer

Am 19. Oktober fand in Kooperation mit dem Friedenskreis Halle und der Ev. Erwachsenenbildung Sachsen-Anhalt unser Fachgespräch zu kommunaler Friedensarbeit statt. Über dreißig Menschen, teilweise von weit angereist, diskutierten über Ansätze und Erfahrungen bei der Friedensarbeit vor Ort.

Der Tag begann mit einem Input von Dr. Meschkat-Peters zur Arbeit der Mayors for Peace, die von der Stadt Hannover koordiniert wird.

Danach stellte Agnes Sander eine Befragung zu kommunaler Friedensarbeit vor, die sie im Auftrag der AGDF durchgeführt hat.

Das Thema der wahrgenommenen „Rechtschaffenheit“, das in den Interviews der AGDF mehrfach angesprochen und kritisiert wurde, leitete auch über zu dem dritten Vortrag, dem von Ralf Buchterkirchen. Er beschrieb anhand seiner Erfahrungen sowohl in Hannover wie in Halle als lokaler Aktivist bei der DFG-VK, welche Unterschiede, aber auch welche gemeinsamen Herausforderungen Friedensarbeit in "West" und "Ost" hat.

Am Nachmittag folgten dann vier Arbeitsgruppen - zur Friedensstadt Freiburg, zu Kommunalen Konfliktberatung, zur Nutzbarmachung der Mayors for Peace für die lokale Arbeit und natürlich zu den Aktivitäten des Friedenskreises Halle.

Die „Friedensstadt Freiburg“ ist eine Initiative von verschiedenen Individuen und Gruppenvertreter*innen, die im Herbst 2022 entstanden ist. Nach dem Vorbild anderer Friedensstädte möchte die Initiative erreichen, dass sich Freiburg zur Friedensstadt erklärt und entsprechende Programme, z.B. der Friedensbildung und Friedenskultur, aber auch der Intensivierung internationaler Kontakte und einen anderen Umgang mit Geflüchteten und Rüstungskonversion, aufsetzt.

Kommunale Konfliktberatung (KKB) ist ein erprobter und wissenschaftlich fundierter Ansatz, Städte, Gemeinden und Landkreise dabei zu unterstützen, mit gesellschaftlichen Konflikten konstruktiv umzugehen. Sie wird vor allem vom Forum Ziviler Friedensdienst und vom K3B, dem Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des Vereins zur Förderung der Bildung (VFB) Salzwedel e. V. praktiziert. Auf dem Fachgespräch stellen Ornella Gessler und Felix Hänche vom VFB Salzwedel den Ansatz vor.

Die geplante Gruppe, die sich vertiefend mit der Arbeit der Mayors for Peace (MfP) auseinandersetzen wollte, hatte das Problem, dass die vorgesehene Referentin, Heidemarie Dann aus Hannover, aus Krankheitsgründen absagen musste. Da einige Besucher*innen der Veranstaltung aber starkes Interesse an dem Thema hatten, fand sie ‚selbstorganisiert‘ statt und sammelte am Ende eine lange Liste von möglichen Handlungsansätzen. Für diese Dokumentation hat Heidemarie Dann einen Text zur Verfügung gestellt.

Der Friedenskreis Halle wurde von Christof Starke vorgestellt. Zu seiner Arbeit gehören Bildungsarbeit zu Themen wie aktive Gewaltfreiheit und gelebte Demokratie, politisches Engagement, lokales Engagement, z.B. durch die Trägerschaft für das TEKIEZ (s. unten) und Entsendung in einen internationalen Freiwilligendienst.



Die Veranstaltung ging mit einem von Elise Kopper moderierten Plenum zu Ende, in dem die Arbeitsgruppen ihre Antworten zu fünf Fragen vorstellten:

1. Was hat sich bewährt?
2. Was läuft nicht mehr, was kann ins „Archiv“?
3. Was sind Herausforderungen?
4. Was sind neue Ideen für die Zukunft?
5. Habt Ihr eine Forderung an die Politik?

Die Antworten auf diese fünf Fragen sind hier auf den Seiten 31 bis 35 dokumentiert.

Am Schluss resümierten wir die Antworten nochmals und stellten fest, dass

- erfolgreiche Bündnisarbeit oftmals genannt wurde;
- finanzielle Förderungen ein Problem darstellen;
- vielen Initiativen es schwer fällt, junge Menschen anzusprechen. Dabei kam auch die Frage auf: Was würden junge Leute nennen, was ins Archiv gehört?
- Es wurde auch beobachtet, dass es wenig konkrete Forderungen an die Politik gab, abgesehen von dem Engagement der Städte, die bei den Mayors for Peace dabei sind.



Das Tekiez von außen.

Ein Besuch beim **Tekiez**, der Gedenkstätte, die nach dem tödlichen Anschlag 2019 auf die Synagoge und einen Döner-Laden (heute das Tekiez) eingerichtet wurde, rundete den Tag ab. 2019 hatte ein rechtsextremistischer Attentäter zunächst versucht, in die Synagoge einzudringen, wo gerade Yom Kippur gefeiert wurde. Als er an der massiven Tür scheiterte, erschoss er eine Passantin und in einem nahegelegenen Döner-Imbiss einen Gast. Dort und auf seiner Flucht versuchte er, weitere Personen zu erschießen, und verletzte zwei davon schwer. Den Tatverlauf übertrug er per Helmkamera als Livestream. Überlebende des Anschlags haben darum gekämpft, den Imbiss als Gedenkstätte umzuge-

stalten und zu erhalten. Sie haben gemeinsam mit Unterstützer*innen einen Ort des Erinnerns und der Solidarität geschaffen. Doch ist das Tekiez gefährdet, das die Stadt Halle bislang keine finanzielle Förderung geben mag.

In dieser Dokumentation finden sich die Verschriftlichungen einiger der Vorträge, die gehalten wurden. Wir möchten allen Referent*innen herzlich danken!

Mayors for Peace. Die Arbeit der Bürgermeister*innen für den Frieden

Die Powerpoint-Präsentation von Frau Dr. Meschkat-Peters war nicht zur Veröffentlichung bestimmt, weshalb wir sie hier nicht dokumentieren können. Sie stellte die Arbeit der Mayors for Peace vor. Die folgenden Informationen wurden der Website der Stadt Hannover entnommen ; siehe außerdem den Beitrag von Heidemarie Dann in diesem Heft:

Die Organisation Mayors for Peace wurde 1982 durch den Bürgermeister von Hiroshima gegründet. Aus der grundsätzlichen Überlegung heraus, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für die Sicherheit und das Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger verantwortlich sind, versucht die Organisation Mayors for Peace durch Aktionen und Kampagnen die weltweite Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern und deren Abschaffung zu erreichen. Das internationale Netzwerk hieß früher „Programm zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen“.

1991 wurden die Mayors for Peace vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen als Nichtregierungsorganisation registriert.

Inzwischen gehören dem Netzwerk über 8000 Städte und Gemeinden aus 166 Ländern an. In Deutschland ist die Zahl seit Beginn des Ukraine-Kriegs auf 900 Mitglieder gestiegen. Die Landeshauptstadt Hannover ist eine der Vizepräsident- und Exekutivstädte des Bündnisses und Lead City für Deutschland.¹

Eine der wichtigsten Aktivitäten ist der jährliche Flaggentag: Am 8. Juli jedes Jahres setzen bundesweit Bürgermeister*innen vor ihren Rathäusern ein sichtbares Zeichen für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen. Damit appellieren sie an die Staaten der Welt, Atomwaffen endgültig abzuschaffen.



Beflaggung „Bürgermeister für den Frieden“ vor dem Düsseldorfer Rathaus während des russischen Einfalls in die Ukraine, 2. März 2022. Foto: Kürschner, CC0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=115704841>

Dokumentation: Einladung zum Beitritt bei den Mayors for Peace Dezember 2023

An die Bürgermeister*innen der Städte und Gemeinden

Erlauben Sie mir, diesem Schreiben meine besten Wünsche für Ihr Wohlergehen voranzustellen.

Im August 1945 wurden die beiden Städte Hiroshima und Nagasaki durch zwei Atombomben in Sekundenbruchteilen in Schutt und Asche gelegt und unzählige Menschen verloren ihr Leben. Die Hibakusha, die Überlebenden dieser schrecklichen Katastrophen, leiden bis heute unter den Nachwirkungen der Strahlung und betonen immer wieder, dass „niemand jemals wieder solche Qualen erleiden sollte“.

Nachdem die Überlebenden nun zunehmend ein hohes Alter erreichen, sind wir entschlossen, ihre Erlebnisse und ihr couragiertes Verlangen nach Frieden an die nächste

¹ Diese Abschnitte wurden der Website der MfP entnommen und leicht redaktionell angepasst: <https://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Politik/Politische-Gremien/Mayors-for-Peace/Wer-sind-die-Mayors-for-Peace>

Generation weiterzugeben und dieses Engagement in alle Welt zu tragen. Ich bin überzeugt, dass eine globale Verbreitung ihrer Botschaft letztlich auch zur Realisation ihres innigsten Wunsches führen wird: der Abschaffung aller Atomwaffen.

Um dieses Ziel zu verwirklichen, haben die Bürgermeister von Hiroshima und Nagasaki die Organisation „Bürgermeister für den Frieden“ gegründet. Seit ihrer Gründung haben sich die Bürgermeister für den Frieden um die Ausweitung der Mitgliedsstädte bemüht und sich in Solidarität mit Städten auf der ganzen Welt für die Abschaffung von Atomwaffen und die Schaffung eines dauerhaften weltweiten Friedens eingesetzt. Der Vorsitzende ist der Bürgermeister von Hiroshima und der stellvertretende Vorsitz wird vom Bürgermeister von Nagasaki und den Bürgermeistern von 10 weiteren Städten aus aller Welt wahrgenommen. Seit dem 1. Dezember dieses Jahres sind die Bürgermeister für den Frieden eine überparteiliche Organisation mit 8.342 Mitgliedsstädten in 166 Ländern und Regionen, die beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen registriert ist.

Der dringende Wunsch der Hibakusha, die mit Nachdruck die Abschaffung von Atomwaffen fordern, sowie die Stimmen zahlreicher anderer, die ihren Wunsch nach einer Welt ohne Atomwaffen teilen, haben die internationale Gemeinschaft bewegt. Im Januar 2021 trat der Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft, der erste multilaterale Vertrag, der eindeutig festlegt, dass Atomwaffen einem vollständigen Verbot unterliegen sollten. Als Reaktion auf diese internationale Situation entwickelten die Bürgermeister für den Frieden im Juli 2021 ihre neue „Vision für eine friedliche Transformation zu einer nachhaltigen Welt“ (abgekürzt PX Vision) sowie einen Aktionsplan für den Zeitraum 2021 bis 2025. In der Vision werden drei Ziele formuliert: die „Verwirklichung einer Welt ohne Atomwaffen“, die „Schaffung von sicheren und lebendigen Städten“ und die „Förderung einer Kultur des Friedens“. Um diese Ziele zu verfolgen, haben wir beschlossen, mehr Gewicht auf die Erweiterung unserer Mitgliedschaft zu legen.

Die steigende Zahl der Mitgliedsstädte und -gemeinden ist eine starke Kraft, die unserem Bestreben nach einem weltweiten Frieden und der Abschaffung aller Atomwaffen einen kraftvollen Auftrieb gibt. Es würde uns freuen, wenn auch Ihre Stadt den Wunsch von Hiroshima und Nagasaki nach Frieden teilen und diese Gelegenheit nutzen würde, die Anstrengungen der Bürgermeister für den Frieden zu unterstützen und unserer Organisation beizutreten. Wir hoffen aufrichtig, dass Sie uns auf unserem Weg zur Schaffung einer friedlichen Welt ohne Atomwaffen begleiten werden.

Hochachtungsvoll,

MATSUI Kazumi

Bürgermeister der Stadt Hiroshima

Präsident der Bürgermeister*innen für den Frieden

Quelle: <https://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Politik/Politische-Gremien/Mayors-for-Peace/Wer-sind-die-Mayors-for-Peace>

Befragung der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden zu lokaler Friedensarbeit

Agnes Sander

Die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) ist ein Dach- und Fachverband von 31 Organisationen und Institutionen, die im In- und Ausland Friedensarbeit leisten. Sie ist in drei verschiedenen Fachbereichen und mehreren Arbeitsgruppen strukturiert.

Auf Grundlage eines Vorstandbeschlusses wurde Anfang 2024 innerhalb der AGDF das Projekt „lokale Friedensarbeit in der AGDF stärken“ angestoßen. Das Projekt möchte sichtbar machen, welche Ansätze lokaler und regionaler Friedensarbeit innerhalb und außerhalb der AGDF da sind, bei Bedarf den Fachbereich I („Lokale und Regionale Friedensarbeit“) beleben und Impulse für lokale Friedensarbeit setzen, eventuelle Unterstützungsbedarfe und Themen von Akteur*innen hören und verstehen und im besten Falle Visionen entwickeln und nach vorne denken.

Als Honorarkraft wurde ich, Agnes Sander, von Geschäftsführung und Vorstand der AGDF mit der Aufgabe betraut, eine Abfrage innerhalb und außerhalb der AGDF durchzuführen und auf Grundlage der Ergebnisse gemeinsam geeignete Maßnahmen zu entwickeln.

Zwischen Mai und September 2024 fanden Gespräche mit 13 Vertreter*innen aus sieben verschiedenen Friedensorganisationen statt. Die meisten Personen waren aus Organisationen, die im Fachbereich I der AGDF vertreten sind. Grundlage der Gespräche waren semi-strukturierte Interviews, die von mir per Videochat oder in Präsenz durchgeführt wurden. Die verschiedenen Themen, die in den Gesprächen auftauchten, wurden zusammengestellt und bisher zum einen den Mitgliedern des Fachbereich I zur Verfügung gestellt und zum anderen als Diskussionsanregung beim Fachgespräch Kommunale Friedensarbeit in Halle präsentiert. Es handelt sich hier um eine qualitative Umfrage, die nicht den Anspruch auf Vollständigkeit oder auch Repräsentativität erhebt. Vielmehr ging es darum, Stimmungen und Meinungen einzufangen, auf deren Grundlage Gespräche darüber stattfinden können, was ‚aktuelle Zustände‘ (bewusst im Plural!) lokaler Friedensarbeit sind und welche Impulse und Wünsche für die zukünftige Arbeit vorhanden sind.

Ergebnisse der Umfrage

Themen, die von Friedensorganisationen bearbeitet werden

In allen Gesprächen wurde deutlich, dass es Kernthemen gibt, mit denen sich die verschiedenen Friedensorganisationen zum Teil bereits seit Jahrzehnten sehr intensiv auseinandersetzen und auch weiterhin inhaltliche Expertisen zu diesen Themen anbieten. Dies sind Themen wie Kriegsdienstverweigerung, Atomwaffenfreiheit, Abrüstung generell und das Anknüpfen an lokale Geschichte vor Ort. Einzelne Organisationen rücken auch das Thema ‚Fairer Handel‘ und Bildungsarbeit zu den verschiedenen Themen in den Fokus. Ein Thema, das in den letzten Jahren für viele Akteur*innen an Relevanz gewonnen hat, ist die Gefährdung der Demokratie. Viele der Themen und Angebote werden in Bündnissen bearbeitet. Vor allem die Mitarbeit in Bündnissen gegen Rechts spielt eine große Rolle.



Agnes Sander (rechts) mit Elise Kopper (links)

Neben den genannten Themen sei lokale Friedensarbeit immer auch ein Spiegel der Gesellschaft. Was dort an Themen auftauche, tauche auch in den Friedensorganisationen auf. Darüber waren sich alle einig. So spiele vor allem der Krieg in der Ukraine und der Krieg in Nahost auch auf lokaler Ebene eine wichtige Rolle.

Was Lokale Friedensarbeit ausmacht

Ein realistischer Blick in die Strukturen und Ausstattung der Organisationen zeigte zum einen, dass die Arbeit lokaler Friedensorganisationen vor allem eine Arbeit ist, die viel auf Ehrenamt und wenig auf Hauptamt beruht. Lokale Netzwerke und starke Bündnisse auf lokaler Ebene sind aus diesem Grund unverzichtbar, um mit sehr geringen Ressourcen dennoch Wirkungen entfalten zu können.

Lokale Friedensarbeit verfolgt das Ziel, große Themen rund um Krieg, Frieden und Gewalt für den lokalen Kontext aufzuarbeiten, verständlich zu machen und Verbindungslinien zu lokalen Themen nachvollziehbar zu machen. Diese Arbeit soll zum einen dazu beitragen, vielen Menschen kritische und ausgewogene Darstellungen von Friedens- und Kriegsthemen anzubieten, zum anderen geht es aber auch für viele Organisationen darum, politische Strukturen vor Ort zu verändern und zu beeinflussen, um durch zivilgesellschaftliches Engagement mitzugestalten. Alle befragten Organisationen blicken auf Erfahrungen dauerhafter und beständiger politischer und aktivistischer Arbeit zurück, aus denen Arbeitsbündnisse entstanden sind, die sehr belastbar und tragfähig sind.

Aktuelle Herausforderungen Lokaler Friedensarbeit

Als Spiegel der Gesellschaft zeigen sich in Friedensorganisationen Konflikte und Herausforderungen, die aktuelle gesellschaftliche Wetterlagen widerspiegeln. Viele beschreiben „neue Bruchlinien“ anhand von Fragen rund um Pazifismus und Gewaltfreiheit angesichts gewaltsamer Auseinandersetzungen v.a. in der Ukraine. Der Umgang mit populistischen Meinungen und rechtsextremen Äußerungen innerhalb von Friedensorganisationen - verschärft und polarisiert in Folge der Corona-Pandemie - stellt viele Friedensorganisationen vor die Frage, wo Grenzen gezogen werden sollen und/oder müssen. Es wird beobachtet, dass verschiedene politische Positionen teilweise die interne Arbeit sprengen und ein konstruktiver Umgang damit schwerfällt. Wie können Dilemmata aufgezeigt und damit umgegangen werden? Müssen alle, die es möchten, in politische Arbeit mit einbezogen werden, auch wenn sie sich als ‚Rechts offen‘ zeigen? Was passiert, wenn der Friedensbegriff von Rechts gekapert und verwendet wird? Was ist drin, wenn Frieden draufsteht? Warum wird die Friedensbewegung der letzten Jahrzehnte mit ihrem eigenen Friedensverständnis wenig in der Öffentlichkeit wahrgenommen? Für einige geht es bei den politischen Entwicklungen der letzten Jahre um nichts Geringeres als die Erosion der Demokratie und damit zeige sich dringender Handlungsbedarf für alle, die Friedensthemen bewegen wollen. Wie kann Frieden aktuell ganz konkret gedacht und auch gelebt werden?

Eine weitere große Herausforderung, die sich bei lokal aktiven Friedensorganisationen zeigt, ist ein dringend anstehender Generationenwechsel. In den letzten Jahrzehnten haben sich eingeschworene und kraftvolle Gemeinschaften innerhalb und um die Organisationen herum gebildet, die viel bewegt haben und auf hohe Verbindlichkeit und vertrauensvolle Beziehungen bauen konnten. In den letzten Jahren ist es nicht gelungen, sowohl an Bewährtem festzuhalten als auch sich auf Neues und damit auch neue und im besten Fall jüngere Menschen einzulassen bzw. diese für die eigenen Themen zu gewinnen. Junge Menschen scheinen sich vom Friedensthema, so wie es von vielen Organisationen dargeboten wird, wenig angesprochen zu fühlen. Vereinzelt gibt es auch die Erfahrung, dass junge Menschen die Friedensbewegung mit Konservatismus oder auch Rechtsoffenheit in Verbindung bringen.

Wünsche und Visionen

Akteur*innen lokaler Friedensarbeit sind es gewohnt, auf große Ziele hinzusteuern und sich für etwas zu verbinden, was gesellschaftlich sinnvoll und im Sinne eines friedlichen Zusammenlebens erstrebenswert erscheint. So fiel es den Befragten nicht schwer, zu Wünschen und Visionen lokaler Friedensarbeit ins Gespräch zu kommen. Es gab den Gedanken, lokale Friedensarbeit könne Ermutigung sein, wenn das Licht sehr dunkel werde. Neue Bündnisse könnten helfen, um das Alte mit dem Neuen zu verbinden, und für Werte einzustehen, ohne jedoch dogmatisch und exklusiv zu sein. Es könne Stärke und Instrument lokaler Friedensarbeit sein, Menschen in Kontakt zu bringen und Irritationen besprechbar zu machen. Die Perspektive konstruktiver Konfliktbearbeitung, die in vielen Organisationen fest verankert ist, könne hier hilfreich und nutzbar sein. Eine Vision in Richtung Wirksamkeit lokaler Friedensarbeit richtete sich auf den Wunsch, Ressourcen zu bündeln um mehr Einfluss auf politische Entscheidungsträger*innen und politische Strukturen zu nehmen.

Agnes Sander ist (Konflikt-) Beraterin und Mediatorin.

Friedensarbeit in Halle (Saale)

Ralf Buchterkirchen

Der folgende Beitrag versucht am Beispiel der Regionalgruppe Sachsen-Anhalt der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen) herauszufinden, in welchen Konfliktfeldern und mit welchen Spielräumen Friedensarbeit lokal ablaufen kann. Dabei wird das gesellschaftliche und politische Umfeld entsprechend dargestellt. Die Regionalgruppe Sachsen-Anhalt, die bisher fast ausschließlich in Halle aktiv ist, wurde Anfang 2022 gegründet.

Lokale Friedensarbeit ist sehr spezifisch und hängt von verschiedenen Faktoren ab. Dies sind vor allem:

- Anzahl und Interessen von Aktiven (unterscheidet sie potenziell von bundesweiten Friedensgruppen);
- lokale Themen;
- lokale Infrastruktur;
- Größe und Lage der Stadt;
- Resonanzraum in der Stadtgesellschaft;
- vorhandene emanzipatorische Akteure.

Im Folgenden werde ich diese Parameter konkret für Halle betrachtet.

Anzahl und Interessen von Aktiven

Politische Friedensarbeit speist sich aus den Interessen und Themen der Aktiven. Das klingt trivial, ist aber bedeutsam, insbesondere mit Blick darauf, neue Mitglieder zu gewinnen und ggf. neue Themenfelder zu erschließen. In Halle fokussierten wir uns auf die Themen (internationale) Kriegsdienstverweigerung, Menschenrecht auf Asyl (auch vor dem Hintergrund der Aktivitäten von rechtsoffenen selbsternannten „Friedensbewegungen“) und Krieg in der Ukraine (insbesondere im Rahmen des Bündnisses „Stoppt das Töten“). Gerade beim letzten Thema zeigte sich, dass an Infoständen und bei Aktionen viel Redebedarf besteht. Die Debatten drehten und drehen sich vor allem um die Frage der Kriegsschuld – an diesem Punkt wird auch das Verhältnis zu diesem Krieg festgemacht. Eine Argumentation, die den – z.B. den Kriegsdienst verweigernden – Menschen und seine Bedürfnisse ins Zentrum stellt, wird dagegen kaum wahrgenommen oder ignoriert.

Die Zahl der Aktiven und Interessierten an Friedensarbeit grenzt sich auch dadurch ein, dass Friedenarbeit gesellschaftlich, abgesehen von ein paar plakativen Haltungen, von vielen nicht als politisch drängendes Thema wahrgenommen wird, beispielsweise im Gegensatz zur Umweltbewegung und ökonomischen Fragen. Dazu kommt, dass das Thema Friedensarbeit politisch aufgeladen verhandelt wird, was wiederum Interessierte von einer Beteiligung abschreckt.

Ein wichtiger Faktor für uns als lokaler DFG-VK-Gruppe ist die bundesweite Unterstützung. Das beginnt bei der Vermittlung von Referent*innen bis hin zur Teilnahme an



Ralf Buchterkirchen (links) und Agnes Sander.

Veranstaltungen mit dem DFG-VK-Kleinbus und den entsprechenden Materialien, wie einem aufblasbaren zerbrochenem Gewehr und Aktionsmaterial für den Schutz von und Asyl für Kriegsdienstverweigerer*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine.

Lokale Themen

Politisches Handeln wird nicht nur durch die großen weltpolitischen Themen verhandelt, sondern vor allem durch Protest gegen militärische Institutionen und Aktivitäten vor Ort. In Halle ist das vor allem der Flughafen Leipzig-Halle, der nicht nur Protest von Umweltaktivist*innen hervorruft, sondern, da der Flughafen ein wichtiges Militärdrehkreuz ist, auch von Friedensaktivist*innen.

Die Bundeswehr nutzt für innerstaatliche und internationale Aufgaben sowie im Rahmen von NATO-Bündnisverpflichtungen den Flughafen Leipzig-Halle für den Transport von Material und (Groß-)Gerät. Dabei wird für weltweite Transporte das SALIS-Programm (SALIS: Strategic Airlift International Solution) mit seiner Antonov-Flotte und dem Militärtransporter A400M verwendet. Jahrelang transportierte die US-Army hunderttausende Soldat*innen mit zivilen Maschinen über den Flughafen in die Einsatzgebiete, insbesondere in Afghanistan.



Quelle: <https://sachsen-anhalt.dfg-vk.de/gegen-die-militaerische-nutzung-des-flughafens-leipzig-halle/>

Zwei Antonov-Maschinen werden von der Bundeswehr und neun anderen NATO-Staaten seit 2006 von Leipzig aus eingesetzt, um Güter in alle Welt zu transportieren. Eingesetzt wurden die Antonovs in der Vergangenheit auch zur Lieferung medizinischer Güter, genauso wie für die Unterstützung des Rückzuges der Bundeswehr aus Afghanistan. Eine Antonov kann schwerste Waffen, wie Hubschrauber, Raketen oder bis zu acht Panzer in die Konflikttherde und Kriegsgebiete in aller Welt transportieren.

Herausforderung für Friedensarbeit ist es, gemeinsam mit anderen Akteur*innen etwa aus der Um-

weltbewegung zu agieren, was bisher nur sehr unzureichend gelingt.

Der Flughafen ist natürlich nicht das einzige lokale Thema, jedoch das naheliegendste. Weitere Themen sind das Gefechtsübungszentrum Schnögersburg in der Altmark sowie die zunehmenden Rekrutierungsbemühungen des Militärs, einschließlich entsprechender Öffentlichkeitsveranstaltungen wie Gelöbnisse oder Messestände und Karrieretrucks.

Lokale Infrastruktur

Im Gegensatz zu westdeutschen Großstädten verfügt Halle nicht über leicht zugängliche Veranstaltungsräume. Stadtteilzentren etc. sind für Veranstaltungen kaum zugänglich. Zentrale, bezahlbare und bekannte Orte für Treffen und Veranstaltungen fehlen. Räume, wie beispielsweise der Pavillon in Hannover, die niedrigschwellig Angebote zur Teilhabe machen, fehlen schmerzhaft. Einzelne Gruppen haben eigene Räume, die sich besser oder schlechter eignen. Das führt auch dazu, dass im Vergleich zu anderen Städten weniger inhaltliche Veranstaltungen stattfinden und diese auf Events (kritische Einführungswochen an der Uni, Wochen gegen Rassismus des Bündnisses Halle gegen Rechts und andere) konzentriert bleiben.



Das aufblasbare Zerbrochene Gewehr der DFG-VK in Halle. Foto: DFG-VK Halle

Größe und Lage der Stadt

Halle, das kleine, aber hübschere 😊 Geschwisterchen von Leipzig profitiert auf der einen Seite von der Region und der Nähe, auf der anderen Seite zieht Leipzig progressives Potenzial ab. Das ist insbesondere deswegen herausfordernd, da die Leipziger Friedenszene inhaltlich und thematisch vielfach problematisch ist und es emanzipatorische Akteur*innen schwer haben, gehört zu werden. Seit dem „Friedenswinter“ 2014 und der Entstehung der Montagsmahnwachen, bis hin zu Coronademonstrationen und Montagsdemos haben es die Leipziger Aktiven nicht vermocht, sich gegen rechts abzugrenzen, was zu einer Zersplitterung der dortigen Friedensbewegung und zur Abkehr vieler Aktiver und dem zunehmenden Einfluss rechten Strömungen geführt hat. Das geht inzwischen so weit, dass der eigentlich gut aufgestellte Leipziger Friedenspreis 2024 an die offen antisemitische Organisation Handala² vergeben wurde, das Abgrenzungen zu rechtsoffenen Strukturen (Vergleich dazu auch die Studie von Lucius Teidelbaum³) abgelehnt werden und sich die Leipziger Friedenszene so im Hinblick auf emanzipatorische und demokratische Kontexte selbst isoliert.

Daher ist es für uns in Halle wichtig, die Aussage „Nationalismus führt zu Krieg“ stetig bei Veranstaltungen zu betonen. Damit betonen wir unser Selbstverständnis – und grenzen uns deutlich von rechten Akteur*innen ab. Wichtig ist, dass sich friedenspolitische Akteur*innen schon frühzeitig auch gegen Hass, Rassismus, Nationalismus, Faschismus positionieren – auch nach außen, weil damit rechte Übernahmen und Querfrontstrategien weniger wahrscheinlich werden.

Resonanzraum in der Stadtgesellschaft

In Halle demonstriert, ausgehend von den sogenannten Coronaprotesten, die „Bewegung Halle“ regelmäßig gegen Corona, Krieg etc. Beeinflusst von Reichsbürgern hat sie es auch unter der Rubrik Delegitimierung des Staates in den Verfassungsschutzbericht geschafft. Jedoch schaffen es diese rechtsradikal beeinflussten Montagsmahnwachen und Montagsdemos (in der Vergangenheit massiv auch von der AfD und NPD unterstützt)⁴ mit Hilfe einzelner Personen als Scharnierfunktion bis in kirchliche Kreise und konnten so einen Ostermarsch organisieren, zu dem sich auch attac Halle gesellte. Der gefährliche Argumentationsrahmen „Man kann ja niemanden ausschließen, der für den Frieden ist...“ dient dabei als Türöffner. Friedenskreis Halle und DFG-VK Sachsen-Anhalt haben entsprechend eine mehrfach angefragte Zusammenarbeit abgelehnt.

Zur Stadtgesellschaft gehören natürlich auch die lokale Presse und entsprechende Blogs, wie www.dubisthalle.de. Hier wird Friedensarbeit eher freundlich aufgenommen. Der Stadtgesellschaft lässt sich eine freundliche Ignoranz bescheinigen, was wiederum den Handlungsspielraum einschränkt. Eine emanzipatorische Großdemo für Frieden wird es in Halle vermutlich zeitnah nicht geben.

Vorhandene emanzipatorische Akteure

Es gibt zahlreiche emanzipatorische Akteure, mit denen die Bündnisarbeit vor Ort gelingt.

2 <https://verqueert.de/leipziger-friedenspreis-an-antisemitinnen/>, letzter Abruf 25.11.2024.

3 <https://dfg-vk.de/broschuere-ueber-rechte-und-verschwoerungsideologische-einflussnahme-auf-die-friedensbewegung/>, letzter Abruf 25.11.2024.

4 Siehe u.a. diverse Presseberichte und die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken BT-DS 19/32188 <https://dserver.bundestag.de/btd/19/321/1932188.pdf>, letzter Abruf 25.11.2024.

So gibt es eine gute Zusammenarbeit mit dem Friedenskreis Halle, VVN-BdA Sachsen-Anhalt, der Partei Die Linke, Gewerkschaften, Linke.SDS und auch mit kirchlichen Gruppen. Die DFG-VK ist auch aktiv im Bündnis Halle gegen Rechts.



Aktionsformen

Aus dem Gesagten ergeben sich zwangsläufig die Aktionsformen. Größere Veranstaltungen auf dem Markt zu traditionellen Tagen wie dem 1.9. werden im Bündnis mit den oben genannten Organisationen durchgeführt. Dazu kommt die Beteiligung an bundesweiten Aktivitäten, wie „Stoppt das Töten“ und der „Object War Campaign“, sowie die Nutzung der Strukturen des Bundesverbandes (DFG-VK Transit). Im Rahmen dieser Aktionen versuchen wir eigene Akzente zur Problematisierung der militärischen Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle zu setzen.

Eigene Veranstaltungen wurden im Rahmen der Aktionswochen gegen Rassismus (hier hatten wir beispielsweise einen Vortrag von Lucius Teidelbaum zu Rechtsoffenheit in der Friedensarbeit) oder zum Christopher Street Day durchgeführt.

Im Rahmen der lokalen Friedensarbeit geht es eher darum, Sichtbarkeit und vor allem Ansprechbarkeit zu schaffen, nicht die großen politischen Signale zu senden.

Viele Fragen sind noch offen und müssen bearbeitet werden: Wie schaffen wir stärker jugendaffine und zielgruppengerechte Angebote? Was brauchen Ältere? Wie binden wir Personen mit Migrationserfahrung und eigener Fluchterfahrung in die friedenspolitische Arbeit ein?

Mit Sicherheit wird das Thema Kriegsdienstverweigerung wieder eine größere Rolle spielen. Beratung, Aktion, Hilfe – hier ist eine Stärke der DFG-VK als Verband – wird auch lokal relevant sein. Hier wird es auch bedeutsam sein, entsprechende digitale Angebote zu schaffen. Weiterhin wichtig wird für uns die regionale Positionierung sein: „Nationalismus führt zu Krieg“. Das ist eine klare Absage an AfD und – gewiss in Abstand, aber mit ähnlicher nationaler Intention – an BSW. Das BSW wird letztlich dazu beitragen, dass die AfD hoffähig wird (das zeigt sich schon an gemeinsamen Aktivitäten von AfD und BSW gegen die Regenbogenflagge und gegen Willkommenskultur etwa in Neubrandenburg, im sächsischen Landtag...)

Ziel der regionalen Arbeit muss es sein, friedenspolitische und antimilitaristische Perspektiven zu eröffnen und in die Stadtdebatte zu bringen und damit Diskussionen und letztlich Veränderungen zu erzielen.

Ralf Buchterkirchen ist aktiv in der DFG-VK Halle.

Friedensstadt Freiburg: Aufrüstung und Krieg den Boden entziehen! Friedensstädte als Ausgangspunkt für pazifistische Politik

Christoph Besemer

Gegen Ende des 20. Jahrhunderts gab es sie noch: Eine europäische Friedensbewegung, die im Westen Hunderttausende Menschen mobilisierte, um die „Nachrüstung“ zu stoppen und im Osten Freiheit und Demokratisierung durchzusetzen. Beides gelang und beweist, wie wirksam gewaltfreier Widerstand sein kann! Umso tragischer, dass die „Nachkommen“ dieser mächtigen Bewegungen in den letzten Jahren dieses Erbe vergessen oder bewusst über Bord geworfen haben zugunsten einer militärisch aktiven Aufrüstungs- und Kriegspolitik. Es gibt zwar noch Großdemonstrationen und von Hunderttausenden unterschriebene Friedensappelle. Sie kommen aber schwer an gegen die von der Mehrheit der Parteien und den „Mainstream“-Medien forcierte Politikwende.

In dieser Situation haben sich mittlerweile in einigen Regionen und Städten Menschen zusammengefunden, um gemeinsam nach neuen Wegen zu suchen, nicht-militärische Wehrhaftigkeit und gewaltfreie Friedenspolitik bekannt zu machen, darunter auch Initiativen zur Schaffung von Friedensstädten.

Diese gibt es zwar schon - am bekanntesten wohl Augsburg, wo seit 1650 jährlich am 8. August das „*Hohe Augsburger Friedensfest*“ begangen wird. Dieses Datum ist seit 1950 gesetzlicher Feiertag im Stadtgebiet! Doch nun wurde ein neues „*Selbstverständnis Friedensstadt*“ verabschiedet, in das neben drei Bekenntnissen zu kommunalen Friedenszielen ein viertes Bekenntnis zu einer wertegeleiteten Sicherheitspolitik aufgenommen wurde, das eine militärische Verteidigung einschließt sowie ein eindeutiges Bekenntnis zur NATO und zur ortsansässigen Rüstungsindustrie.⁵ Ein solches Friedensstadt-Verständnis führt sich selbst ad absurdum!

Im Herbst 2022 gründete sich die *Initiative Friedensstadt Freiburg* (IFF). Die meisten der Aktiven und Interessierten waren von mir aus Anlass des Krieges in der Ukraine persönlich angeschrieben und eingeladen worden, gewaltfreie Alternativen zum Krieg kennenzulernen, bekannt zu machen und konkrete Umsetzungsschritte auf den Weg zu bringen. Die Initiative umfasste anfangs ca. 12 Aktive, die zumeist auch Mitglieder anderer (friedenspolitischer) Gruppen waren und sich in der Regel einmal im Monat trafen.

Zunächst ging es darum, sich kennenzulernen und sich über das persönliche Erleben des aktuellen Krieges in der Ukraine auszutauschen. Daraus folgten konkrete Schritte, was die Gruppe tun könnten. Zunächst war es, den beeindruckenden Film „The Singing Revolution“ über den estnischen gewaltfreien Unabhängigkeitskampf 1989 gemeinsam anzuschauen und über dessen (eingeschränkte) Verwendbarkeit für eine öffentliche Veranstaltung zu sprechen.

Eine erste öffentliche Veranstaltung wurde am 22.2.2023 zum Jahrestag des militärischen



Gründungstreffen des Bündnisses !Friedensstadt Freiburg. Foto: Christoph Besemer

⁵ Vgl. Kommentar von Bernhard Schiller in der Augsburger Zeitung vom 9.8.2024.

Angriffs auf die Ukraine am 24.2.2022) durchgeführt. Dort stelle Stefan Maaß die Studie „Ukrainian Nonviolent Civil Resistance in the Face of War“ vor. Am 27.6.2023 fand die nächste Veranstaltung statt: Dr. Barbara Müller referierte über den Passiven Widerstand im Ruhrgebiet 1923 und seine Lehren für die Soziale Verteidigung. Beide Vorträge können auf der Website www.wfga.de angeschaut werden.

Die Gruppe hatte sich den Namen „Initiative Friedensstadt Freiburg“ gegeben. Kurz darauf erfuhr sie, dass es bereits ein Konzept mit dem Titel *!Friedensstadt Freiburg!* gab, das von dem bekannten Freiburger Rüstungskritiker Jürgen Grässlin und dem ehemaligen Oberbürgermeister-Kandidaten Prof. Günter Rausch schon vor einigen Jahren verfasst und im Frühjahr 2022 aktualisiert worden war. In die weitere Bearbeitung dieses Konzepts wurde dann die Initiative Friedensstadt Freiburg und ein Vertreter des Freiburger Friedensforums einbezogen.



Ukraine-Vortrag mit Stefan Maaß. Foto: Ulrike Schubert

Am 21. Februar 2024 wurde schließlich ein breites „*Offenes Bündnis !Friedensstadt Freiburg!*“ gegründet, an dem ca. 60 Vertreter*innen von Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen teilnahmen.

Die aktuellen Friedensstadt-Bewegungen haben eine klare pazifistische Ausrichtung. So wurde in Freiburg ein Maßnahmen-Katalog entwickelt, der die Stadt zu einer Friedensstadt transformieren möchte, die nicht nur historische Ereignisse in der Stadtgeschichte würdigt, sondern aktuelle und aktive Friedenspolitik nach innen und nach außen betreibt. Wichtig war es den Verfasser*innen, dass er „einladenden“ Charakter hat und eine positive Vision beschreibt, die konkret und umsetzbar ist. Die endgültige Fassung wurde im Februar 2024 fertig:

Aufruf: Für eine !Friedensstadt Freiburg!

Die Geschichte und die aktuellen Erfahrungen lehren uns, dass Kriege unendliches Leid verursachen und das zerstören, was uns als Menschen und als Gesellschaft wichtig ist und zusammenhält. Kriege hinterließen auch in Freiburgs Geschichte unzählige Tote und Ruinen.

Aber es geht auch anders: 1713 hisste der mutige Freiburger Stadtschreiber Franz Ferdinand Mayer nach mehrwöchiger französischer Belagerung weiße Fahnen auf einer der Bastionen der Stadt, nachdem sich die Freiburger Truppen in die Schlossberg-Festung zurückgezogen hatten. Um die Einwohner und die Stadt zu schützen, verhandelten nun Stadtvertreter mit dem französischen Befehlshaber. Sie konnten eine gewaltlose Stadtübergabe vereinbaren und Freiburg so vor vielen weiteren Toten, zunehmender Zerstörung und Plünderung bewahren.

Weltweit gibt es zahlreiche Beispiele für erfolgreichen gewaltlosen Widerstand gegen militärische Aggressionen, Besatzungen und diktatorische Regime.⁶

Von der Kriegslogik zur Friedenslogik

Wir haben die Vision von Freiburg als einer Stadt, die sich in allen Bereichen für Frieden einsetzt, die aktive Beiträge gegen Militarismus und Krieg leistet, die sich zivil und gewaltfrei verteidigt und die den Status einer völkerrechtlich geschützten Stadt

⁶ Siehe Anlage 1 Literaturverzeichnis

anstrebt: Freiburg wird zur Friedensstadt!

Freiburg ist seit Januar 2005 Mitglied des internationalen Netzwerks Mayors for Peace / Bürgermeister für den Frieden, das sich in Solidarität mit Städten auf der ganzen Welt dafür einsetzt, Atomwaffen abzuschaffen und einen dauerhaften weltweiten Frieden zu erreichen und zu erhalten.

*Um dieses Ziel zu erreichen, bitten wir den Oberbürgermeister als Mayor for Peace, den Gemeinderat sowie alle Bürger*innen, Kirchen, Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen, Nichtregierungsorganisationen und Wirtschaftsunternehmen um ihre Mitarbeit beim Projekt*

!Friedensstadt Freiburg!.

Ziele und Maßnahmen für eine !Friedensstadt Freiburg!

1. Frieden durch Friedensbildung in Einrichtungen für Bildung und Erziehung

Freiburg etabliert auf allen Ebenen und in allen Institutionen der Bildung eine Kultur des Friedens. Von der frühen Kindheit bis ins Alter bedeutet ein lebenslanges Lernen immer auch das Kennenlernen und Einüben gewaltfreier und sozialkonstruktiver Verhaltensweisen im Umgang mit Unterschiedlichkeit und Konflikten.

*Hierzu bedarf es nicht nur ausdrücklicher Programme und Bildungspläne, sondern auch der Einrichtung entsprechender Fördertöpfe und zivilgesellschaftlicher, fachlicher und wissenschaftlicher Diskurs- und Dialogforen. Die baden-württembergische Servicestelle für Friedensbildung soll genutzt werden, um Angebote im Bereich der Friedensbildung besser zu vernetzen, für Schulen und Pädagog*innen sichtbarer zu machen und neue inhaltliche Impulse zu setzen.*

Im Amtsblatt der Stadt Freiburg sollen keine Mitteilungen zu militärischen Aktivitäten mehr veröffentlicht werden.

*Die seit Jahren stattfindende Beeinflussung durch einseitige Werbeveranstaltungen für die Bundeswehr an Schulen steht im Widerspruch zum „Beutelsbacher Konsens“ und zur UN-Kinderrechts/Kinderschutz-Konvention. Sogar 17-jährige Jugendliche werden in Deutschland Soldat*innen.⁷*

Frieden ist auch auf politischer Ebene nicht nur die Abwesenheit von Krieg, Frieden hat ebenso eine innere und zwischenmenschliche Komponente. Die Stadt soll sich als Träger der öffentlichen Schulen in Freiburg dafür einsetzen, dass Friedens- und Entwicklungsorganisationen finanziell gefördert werden, um in Bildungseinrichtungen für gewaltfreie Konfliktlösungen, Friedensverhandlungen und Diplomatie zu werben.

2. Unterstützung einer Friedenskultur durch internationale Friedensfeste

Die Stadt Freiburg richtet jährlich ein internationales Friedensfestival für Völkerverständigung aus, das von vielen Kultur-, Kinder-, Jugend-, Freizeitstätten, Organisationen und Vereinen getragen wird.

Ein buntes Programm von Musik, Kunst, Tanz und Theater schafft einen kreativen Raum, in dem sich Menschen über Grenzen von Ländern und Kulturen hinweg begegnen. In zahlreichen Workshops mit Impulsen und Darbietungen entwickeln sie gemeinsame Ideen, um Frieden zu schaffen, zu stärken und zu vermehren.

Als bekräftigendes Symbol übernimmt der Oberbürgermeister die Schirmherrschaft. In den jeweiligen Haushalten sind entsprechende Mittel vorzusehen. Wünschenswert ist, dass Freiburg auch seine Partnerstädte hierzu einlädt und in die Gestaltung mit

⁷ Die Bundeswehr hat einen Werbeetat von ca. 40 Millionen. Siehe z. B. <https://www.tdh.de/was-wir-tun/themen-a-z/bundeswehr-an-schulen/>

einbezieht.

3. Frieden durch Vorbilder des Friedens und der Demokratie

*Friedensaktivist*innen, Deserteur*innen, Widerstandskämpfer*innen gegen den Faschismus und andere vorbildhafte demokratische Akteur*innen sollen sichtbare Denkmäler erhalten. Ein zentraler Platz oder eine bedeutsame Straße soll als „Friedensplatz“ oder „Friedensstraße“ bezeichnet werden.*

Das „Siegesdenkmal“ am Europaplatz ist ein Symbol grausam ausgefochtener Schlachten und des militärischen Sieges über unser Nachbarland Frankreich. Die bisherige Infotafel ist völlig unzureichend, um die Kriegsverherrlichung zu kritisieren.

*Um dem entgegenzutreten, soll ein weit sichtbares Friedens- oder Deserteursdenkmal errichtet werden: Zum Beispiel ein Rosa Luxemburg Denkmal im Stadtgarten⁸, oder das eines Deserteurs oder einer Friedensaktivist*in. Außerdem sollen die verbliebenen Straßennamen, die Militaristen oder Kriege verherrlichen, umbenannt werden.*

Die Einrichtung des Dokumentationszentrums Nationalsozialismus am Rotteckring begrüßen wir. Um die gewünschte öffentliche Wahrnehmung zu erreichen, bedarf es hinreichender finanzieller und personeller Ausstattung.

*Wichtig ist uns außerdem ein Forschungsprojekt zur Erkundung der Spuren der historischen Friedens- und Widerstandskämpfer*innen gegen Faschismus, Krieg und Gewalt in unserer Stadt.*

4. Frieden durch Stärkung der Friedens- und Entwicklungsarbeit

*Freiburg verfügt über ein reichhaltiges Potenzial an Aktivist*innen und Expert*innen für Frieden, Abrüstung und Entmilitarisierung, Entwicklungs- und Geflüchtetenarbeit sowie Projekten, die sich für die Opfer von Gewalt und kriegesischen Auseinandersetzungen einsetzen.*

Solche Nichtregierungsorganisationen – wie das Friedensinstitut Freiburg, das RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.), das Freiburger Friedensforum, die Werkstatt für Gewaltfreie Aktion (WfGA), das Informationszentrum 3. Welt (Iz3W), AMICA e.V.⁹ und andere – sollen durch die Stadt Freiburg organisatorisch und finanziell verstärkt gefördert werden.

5. Intensivierung internationaler Beziehungen und neue Partnerstädte

Freiburg pflegt den Kontakt zu seinen zwölf internationalen Partnerstädten in vielen Teilen der Welt. Gerade in konfliktreichen und kriegesischen Zeiten sind internationale Kontakte und Begegnungen mit anderen Kulturen über die Grenzen hinaus äußerst wichtig:

Zum Beispiel mit Städten in Russland, China, Indien und - längst überfällig - in Afrika. Dabei ist für uns von Bedeutung, dass diese Städtepartnerschaften nicht von deren Regierungen instrumentalisiert werden.

Die Geschichte der Beziehungen wie mit Frankreich hat gezeigt, dass gerade die Begegnungen von Menschen wertvoll, belebend und erfolgversprechend sind. Zu wünschen ist insbesondere die Förderung von Jugendprojekten wie „Austausch macht Schule“ oder „Musik für den Frieden“.

⁸ Rosa Luxemburg hat im Stadtgarten Freiburg im Februar 1914 eine vielbeachtete Rede gehalten.

⁹ AMICA stärkt Frauen in Kriegs- und Krisengebieten.

6. Frieden durch Förderung der Hilfen für Geflüchtete

Alle von Humanität geprägten Erleichterungen der Aufnahme und Eingliederung von Kriegsflüchtenden in Freiburg sind uns wichtig. Diese Angebote und Maßnahmen sollen für alle Menschen gelten, unabhängig woher und wovor sie fliehen.

*Schon lange gibt es einen Beschluss des Gemeinderates darüber, dass verfolgte Kriegsdienstverweigerer*innen und Deserteure Asyl in Freiburg genießen dürfen. Seit dem 1. August 2018 ist Freiburg Mitglied der Städte, die sich zum sicheren Hafen der NGO „Seebrücke“ erklärt haben. Das begrüßen wir sehr und wünschen uns die Ausweitung dieser Aktivitäten; auch die Unterstützung des Südbadischen Aktionsbündnisses gegen Abschiebung¹⁰. Wir wollen, dass nicht die Flüchtlinge, sondern die Fluchtursachen bekämpft werden.*

7. Frieden durch Friedensforschung

Die Forschung in Freiburg ist in allen Instituten der Albert-Ludwigs-Universität und in den Hochschulen auf Frieden und ökologische Nachhaltigkeit auszurichten. Zugleich sollte das Friedensinstitut an der Evangelischen Hochschule von der Stadt gefördert werden.

Die Fraunhofer Institute¹¹ in Freiburg erhalten für ihre Rüstungsforschung erhebliche öffentliche Gelder. Die Stadt soll darauf hinwirken, dass zukünftig rein zivile Forschung bei den Fraunhofer Instituten betrieben wird: u. a. Umwelt- und Medizintechnik.

8. Frieden durch Umstellung auf Produktion für den Frieden

Wir wünschen eine sozial-ökologische Transformation. Diese umfasst auch die Rüstungskonversion hin zu Erforschung, Entwicklung und Herstellung von zivilen Produkten. Beispielsweise im Bereich ökologischer Mobilität statt der Produktion und dem weltweiten Export von Kriegswaffen und deren Bestandteilen.

Die Firma Northrop-Grumman-LITEF exportiert Bestandteile vieler Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete in alle Welt. Sie hat ihren Firmensitz in Freiburg und beschäftigt ca. 630 Mitarbeiter.¹²

*Deshalb soll ein „Arbeitskreis Rüstungskonversion bei LITEF“ gegründet werden mit der Firma LITEF, den Gewerkschaften (DGB, IG-Metall), der Stadt Freiburg, lokalen Wirtschaftsvertretungen, sowie Expert*innen aus dem Friedensbereich. Dieser soll die Gespräche, die es bereits gab,¹³ wieder aufnehmen. Zudem soll ein Opferfonds*

¹⁰ Was Freiburg bereits umgesetzt hat, bzw. was noch aussteht: <https://www.seebruecke.org/mach-mit/deutschland/baden-wuerttemberg/freiburg/sicherer-hafen>

¹¹ Wie folgende Fraunhofer-Institute (FHI):

FHI Angewandte Festkörperphysik: <https://www.iaf.fraunhofer.de/de/institut.html>, Gesamthaushalt 35,6 Mio., 285 Mitarbeiter

FHI Kurzzeitdynamik/ Ernst-Mach-Institut EMI:

Gesamthaushalt 2022: 30 Mio. davon sind jeweils ca. 23 Mio. öffentliche Erträge bzw. Institutionelle Förderung und nur 3,5 Mio. von der freien Wirtschaft.

Quelle: https://www.emi.fraunhofer.de/content/dam/emi/de/downloads/aktuelles/presse_aktuelles/EMI-JB-2022-2023-online.pdf Seite 113.

Beide Institute sind Mitglied im [Fraunhofer-Leistungsbereich Verteidigung, Vorbeugung und Sicherheit VVS](https://www.vvs.fraunhofer.de/): <https://www.vvs.fraunhofer.de/>

¹² Quelle: <https://www.wer-zu-wem.de/firma/litef.html>

¹³ Einen Arbeitskreis Rüstungskonversion gab es bereits in den 90er Jahren. Damals erreichte der Betriebsrat mit der IG

gegründet werden für die Opfer des Einsatzes von Kriegswaffen mit LITEF-Bestandteilen (Opferfonds).

Die Stadt verbucht Jahr für Jahr millionenschwere Einnahmen (Gewerbesteuer) aus dem Rüstungsgeschäft, vor allem durch LITEF. Diese Einnahmen sollen in eine Stiftung fließen, die Projekte weiterer Konversionsmaßnahmen, Friedensarbeit, Friedensforschung und die Opfer von Kriegen unterstützt.

Wir fordern die Stadt Freiburg auf, Rüstungsgeschäfte unattraktiver zu machen. Rüstungsfirmen werden nicht zur Jobmesse eingeladen.

9. Freiburg als Modellstadt für eine gewaltfreie, soziale Verteidigung

Eine Friedensstadt Freiburg tut alles, um einer militärischen Bedrohung ohne Einsatz von Waffen wirksam begegnen zu können. Sie kann sich dabei auf historische Erfahrungen und daraus abgeleitete wissenschaftliche Konzepte stützen und sich an der Initiative „Sicherheit neu denken“ der Evangelischen Landeskirche orientieren.¹⁴

Freiburg trägt auch im Rahmen seiner Mayor-for-Peace-Städtemitgliedschaft zu Deeskalation, Verständigung und Vermeidung möglicher militärischer Konfrontation bei.¹⁵

Die Stadtverwaltung, Behörden, Wirtschaftsunternehmen, Vereine und Verbände sowie sonstige gesellschaftliche Akteure konzeptionieren und entwickeln erfolgversprechende nichtmilitärische Verteidigungsstrategien und geeignete Vorbereitungsmaßnahmen.

Die erforderliche wissenschaftliche und praxisorientierte Begleitung könnte durch die Freiburger Hochschulen erfolgen. Besser aber durch Gründung eines bundesweiten, unabhängigen Instituts in Freiburg, analog dem ÖKO-Institut.

10. Freiburg als völkerrechtlich geschützte Stadt und atomwaffenfreie Zone

Die Stadt Freiburg verpflichtet sich, im Falle militärischer Bedrohung den völkerrechtlichen geschützten Status einer militärisch „unverteidigten Ortschaft“ in Anspruch zu nehmen, wie es in Artikel 59 des 1. Zusatzprotokolls 1977 zu den Genfer Konventionen festgelegt ist. Angriffe auf solche werden als Kriegsverbrechen geahndet.¹⁶

Darüber hinaus wird sich Freiburg aktiv für die weltweite Abschaffung von Atomwaffen einsetzen. Freiburg ist mit dem Gemeinderatsbeschluss aus dem Jahre 1986 „atomwaffenfreie Zone“. Wir wollen, dass dieser Beschluss neu belebt wird.

Freiburg wird alles dafür tun, um zu einer umfassenden Kultur des Friedens beizutragen.

Als sichtbares Zeichen dafür wird !Friedensstadt Freiburg! auf allen Briefbögen, bei allen digitalen Auftritten, insbesondere in den sozialen Medien sowie auf allen Ortschildern deutlich zu lesen sein.

Metall, den Rüstungsanteil bei LITEF von 100% auf 50% zu senken.

14 Siehe Anlage 1 Literaturverzeichnis

15 Eine einfache Möglichkeit, das sichtbarer zu machen, hat Düsseldorf vorgemacht:

https://de.wikipedia.org/wiki/Mayors_for_Peace#/media/Datei:D%C3%BCsseldorfer_Rathaus_-_Peace,_B%C3%BCrgermeister_f%C3%BCr_den_Frieden,_M%C3%A4rz_2022.jpg

16 Siehe Anhang2: Regeln des Krieges: Humanitäres Völkerrecht

Weitere Bestandteile der !Friedensstadt-Freiburg!-Aktivitäten waren u.a.:

Ein Interview mit „Radio Dreyeckland“ über Soziale Verteidigung.

- Bei einer Veranstaltung mit Jürgen Grässlin und Konstantin Wecker mit 800 Besucher*innen konnte die Friedensstadt-Initiative vorgestellt werden.
- Ein freundliches und fruchtbares Gespräch mit zwei Referentinnen von Oberbürgermeister Martin Horn, in dem Möglichkeiten zur Kooperation ausgelotet wurden – z.B. beim großen Markt der Partnerstädte Freiburgs (12 Städte) im nächsten Jahr.

Ein großes Zwischenziel war die Gemeinderatswahl am 9. Juni 2024: Die kandidierenden Parteien und Listen wurden angeschrieben und um eine Stellungnahme zu unserem 10-Punkte-Maßnahmen-Katalog gebeten. Es gab zwar nur von FDP, SPD, GRÜNE und LINKE LISTE eine Antwort, aber sie repräsentierten immerhin die Hälfte des Gemeinderats. Die Rückmeldung der FDP war allerdings kläglich, die der SPD und der GRÜNEN sehr dünn, und nur die LINKE stimmte voll zu. Wie ein „Wink mit dem Zaunpfahl“ könnte es gedeutet werden, dass durch die Wahl nur zwei Listen einen Sitz verloren haben, darunter die GRÜNEN, während die LINKE LISTE einen zusätzlichen Sitz gewann.

Im Jahr 2024 Es gab Spannungen innerhalb der Gruppe, die durch externe Konfliktmoderation und interne Gespräche gelöst wurden. Beim letzten Bündnistreffen waren noch acht Personen da. Sie haben die Struktur, die Aufgaben und Rollen (neu) aufgeteilt, so dass neue Energien frei werden und konkrete nächste Schritte gemacht werden können:

Zu den 10 Punkten des Maßnahmenkatalogs für die Qualifizierung als Friedensstadt sollen Arbeitsgruppen gebildet werden, welche die verschiedenen Themen bearbeiten und konkrete Handlungsschritte aufzeigen. Damit sollen auch neue Menschen ins Boot geholt und die Vernetzung intensiviert werden. Die nächsten öffentlichen Aktionen werden sich im November auf den 80. Jahrestag der Bombardierung Freiburgs beziehen. Außerdem wird es weitere Gespräche mit den OB-Referentinnen geben und die Idee eines Friedensfestivals im nächsten Jahr konkretisiert.

Zwischenzeitlich gab es auch schon eine Lesung mit Jürgen Grässlin aus seinem neuen Buch „Wie die Lichter in der Nacht. Menschen, die die Welt verändern - ein Mutmachbuch“.

Die Friedensstadt-Arbeit wird weitergehen und ihre Basis verbreitern müssen, um größere Erfolge zu erzielen. Ein kreatives Feld für alle friedliebenden Menschen, die aktiv werden wollen!

Christoph Besemer (Jg. 1955, wohnhaft in Freiburg) ist Politikwissenschaftler und Bildungsreferent mit den Schwerpunkten Konstruktive Konfliktbearbeitung, Konsens-Findung, (Politische) Mediation, Gewaltfreier Widerstand, Soziale Verteidigung. Er war lange Zeit hauptamtlicher Mitarbeiter der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden (WfGA) und hat verschiedene Bücher zu den genannten Themen verfasst bzw. daran mitgearbeitet (vgl. www.wfga.de/materialien/buecher.html)

Friedensarbeit von Städten – Mayors for Peace und Städtepartnerschaften für Frieden nutzen

Heidemarie Dann

Die Ausführungen am Vormittag von Frau Dr. Meschkat-Peters zur Struktur und Arbeit der Mayors for Peace konnte ich nicht verfolgen. Allerdings denke ich, aufgrund der jahrzehntelangen Unterstützung durch das Hiroshima-Bündnis Hannover, dass ich die gute Kooperation an vier Beispielen verdeutlichen kann. Sie können unbedingt als Anregung verstanden werden.

DENK-mal-VÖLKERRECHT Aktion aus dem Jahr 2005

Zum 60. Jahrestag der Konferenz über die Einhaltung und Entwicklung des Atomwaffensperrvertrags (NPT / Non-Proliferation Treaty) im Jahr 2005 gab es von den Bürgermeister*innen für den Frieden eine aus Hiroshima und Nagasaki gestartete Kampagne. Sie verfolgte das Ziel einer Vision 2020 - Atomwaffenfrei bis 2020! Damit verbunden war die Forderung, dass „Wir (...) dringend politische Entscheidungen brauchen, die die Weichen für eine atomwaffenfreie Zukunft stellen“.

Es wurde dazu aufgerufen, dass sich „...alle zum Mitbauen am weltweit-wachsenden DENK-mal-VÖLKERRECHT und zum Einmischen in die Verhandlungen über UNSERE ZUKUNFT im Mai 2005 in New York“ beteiligen sollten. Damit sollte ein symbolischer Schutzwall für das Völkerrecht entstehen. Weltweit sollten Teilstücke erstellt werden, die dann zu dem 60. Jahrestag der Atombombenabwürfe an den Ground Zeros in Hiroshima und Nagasaki im Mai 2005 gemeinsam im Central Park in New York und im August 2005 in Hiroshima zusammengefügt werden sollten. Es sollte eine „... unübersehbare Manifestation des Willens der Menschen in aller Welt (sein), gemeinsam für die Achtung und unmittelbare Einhaltung und Umsetzung der völkerrechtlichen Verpflichtung zum Gewaltverbot und zur vollständigen Abrüstung aller Atomwaffen, einzustehen.“

Dieser Vorschlag wurde in Deutschland von einer Heidelberger Schule umgesetzt, die über ein Online-Verfahren Unterzeichner*innen des Friedensappells für eine friedliche Zukunft sammelte. Für jede Unterschrift wurde dann ein hölzerner Baustein beschriftet, der zu dem Heidelberger Teilstück hinzugefügt wurde.

Das Hiroshima-Bündnis Hannover konnte diese Initiative 2005 auch in Hannover durch Öffentlichkeitsarbeit unterstützen und mit diesem konkreten Projekt mit Menschen Gespräche über die Gefahren einer atomaren Auseinandersetzung führen.

Rückblickend ist nur zu offensichtlich, dass sich die politische Situation seitdem **stark** verändert hat und die Rahmenbedingungen für derartige Aktionen es erschweren.

Jährlicher Flaggentag am 8. Juli

Im Zusammenhang mit den Gefahren eines Atombombeneinsatzes erhält auch der Flaggentag seine Bedeutung.

Er erinnert an das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes (IGH) in Den Haag vom 8. Juli 1996. Es stellt fest, dass die Androhung und der Einsatz von Atomwaffen gegen die Prinzipien des humanitären Völkerrechts und damit gegen internationales Recht



Cartoon: Charlotte Turtle, Wales © Presse-hütte Mutlangen

verstoßen. Der IGH hat ebenfalls die völkerrechtlich verbindliche Verhandlungspflicht zur Realisierung einer vollständigen atomaren Abrüstung festgestellt. Damit erhält der Atomwaffensperrvertrag, der von fünf atomwaffenbesitzenden Staaten (USA, der ehemaligen Sowjetunion/heute Russland, Großbritannien, Frankreich, China) initiiert und auch von Deutschland 1969 unterschrieben wurde und die Weiterverbreitung von Atomwaffen verhindern soll, eine besondere Bedeutung.

Doch es zeigte sich, dass von den Atomstaaten das Gutachten weitgehend ignoriert wurde. Der Einsatz von Atomwaffen trifft immer Bürgerinnen und Bürger in Städten und Gemeinden. Er nimmt keine Rücksicht auf Grenzen oder Nationen. Unter dem Motto „Städte sind keine Zielscheiben“ (Cities Are Not Targets) treten die Bürgermeister*innen weltweit für Frieden, für die Abschaffung der Atomwaffen und für die Unterzeichnung des am 7. Juli 2017 von 122 Staaten in der UNO verabschiedeten Atomwaffenverbotsvertrages (AVV) ein. Seit dem 22. Januar 2021 hat der AVV mit der Ratifizierung durch die Regierung Honduras seine völkerrechtliche Gültigkeit erlangt.

Der Flaggentag, der von den Mayors for Peace Deutschland initiiert wurde, ist für das Hanoveraner Hiroshima-Bündnis neben dem Gedenktag des Atombombenabwurfs am 6. August von zentraler Bedeutung. Alle Städte, die sich dem Bündnis angeschlossen haben, sollten an diesem Tag die Mayors for Peace-Flagge am Rathaus aushängen und mit Pressearbeit begleiten.

Dazu ein Beispiel aus dem Jahr 2018: Die Aktivitäten zu diesem Tag hatten das Ziel, die Auswirkungen eines Atombombenabwurfs auf Hannover in besonderer Weise aufzuzeigen. Dies wurde mit einer Radtour am Flaggentag erfahrbare ermöglicht - organisiert durch das Hiroshima-Bündnis Hannover, das Friedensbüro Hannover, dem ADFC in Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Hannover. Der dazu angefertigte Flyer sollte Menschen einladen an dieser Radtour teilzunehmen. (dieser kann bei Interesse bei mir angefordert werden).

Kirschblütenfest im April

Die langjährige Städtepartnerschaft zwischen Hannover und Hiroshima hat in der hannoverschen Bevölkerung ein großes Interesse an der japanischen Kultur geweckt. Für die Friedensengagierten übernimmt das Hiroshima-Bündnis Hannover die Aufgabe, auf das atomare Bedrohungspotential hinzuweisen. .

Im Dezember 1987 wurde der Hiroshima Gedenkhain mit 50 japanischen Kirschbäumen offiziell eingeweiht - einen dieser Kirschbäume konnte ich einpflanzen. Bis 1989 waren insgesamt 110 Bäume zum Gedenken an die 110.000 Menschen, die am 6. August 1945 in Hiroshima ums Leben kamen. Jeder einzelne Kirschbaum steht für jeweils 1000 Menschen, die unmittelbar bei der Explosion ums Leben kamen. (Er befindet sich in der Janusz-Korczak-Allee auf der Zufahrt zum Kinderkrankenhaus Auf der Bult.)

„Die Kirschblüte ist ein wichtiges Symbol in der Kultur Japans. Sie markiert den Beginn des Frühlings und steht für Aufbruch und Vergänglichkeit. Seit Jahrhunderten werden in Japan Kirschblütenfeste veranstaltet, um die Schönheit der in Blüte stehenden Bäume zu feiern. In jedem Frühjahr treffen sich Familien und Freund*innen zu einem Picknick unter den zahlreichen Kirschbäumen im ganzen Land zum „Hanami“ (Blüten betrachten).“ Das Kirschblütenfest wird von vielen Vereinen und Initiativen, die einen Bezug zu Japan haben, getragen. Im Vorfeld werden sie von der Stadt eingeladen, das Fest mitzugestalten. 2023 fand es zum 22. Mal statt und erfreut sich immer größerer Beliebtheit. (aus dem Flyer der Stadt zum Kirschblütenfest 2023)

Besonderer Wert wird auf das Picknick gelegt, was mitgebracht wird, so wie es in Japan Tradition ist.

Beim Kirschblütenfest ist das Hiroshima-Bündnis immer mit einem Informationstisch vertreten, auf dem Materialien zu aktuellen Entwicklungen und politischen Stellungnahmen zu erhalten sind (z.B. Materialien zum Atomwaffenverbotsvertrag).

Aktivitäten zum Hiroshima-Gedenktag am Atombombenabwurf am 6.8.

Beispiel des Projekts ‚Spurensuche‘ zum Gedenktag 2018: Das Hiroshima-Bündnis Hannover lädt jedes Jahr am Vorabend des 6. August zu einer Veranstaltung am Hiroshima-Gedenk-hain zum Nachdenken über die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki und deren Konsequenzen für heute ein. Wir beginnen mit der Veranstaltung um 20 Uhr und enden bei Dunkelheit so gegen 22.30 Uhr.

So war z.B. für den Abend 2018 folgender Ablauf geplant:

Nie wieder Hiroshima

1. Eröffnung / Begrüßung (Hiroshima Bündnis)

u.a. mit Informationen zu der Wanderausstellung
„50 Städte – 50 Spuren“ der Mayors for
Peace

2. Wirkung von radiologischer Strahlung auf menschliches Leben

(Herr Dr. Weidemann – Kinderradiologe am Krankenhaus auf der Bult)

3. Beitrag aus Japan (Yumi Takenaka)

4. Musik (Johanna Kuhlenkampff, Saxophon)

5. Lesung 1. Teil - Eindrucksvolle Texte und Gedichte von engagierten Autorinnen gegen die atomare Rüstung

(Marie Dettmer, Literarische Komponistin/Rezitatorin)

6. Musik (Johanna Kuhlenkampff, Saxophon)

7. Lesung 2. Teil - Eindrucksvolle Texte und Gedichte von engagierten Autorinnen gegen die atomare Rüstung

(Marie Dettmer, Literarische Komponistin/Rezitatorin)

8. Musik (Johanna Kuhlenkampff, Saxophon)

9. Aktuelle Friedensthemen (Hiroshima Bündnis)

10. Kerzen erleuchten den Hiroshima Hain

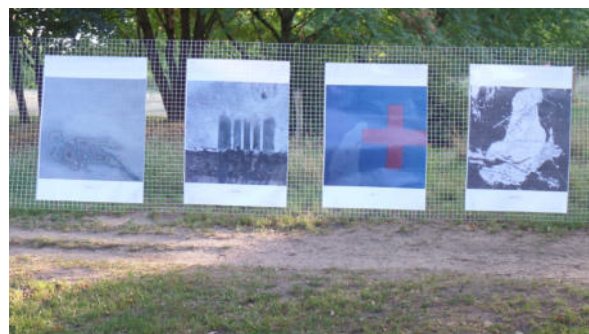
- zur Erinnerung an die Opfer der Atombombe von Hiroshima

Das Projekt Spurensuche „50 Städte – 50 Spuren“ war ein Internationales Friedens- und Kunstprojekt, das von Klaudia Dietewich (Stuttgart) in enger Zusammenarbeit mit den Mayors-for-Peace-Städten entwickelt wurde. Sie sollten aufzeigen: Städte dürfen keine Atombombenziele sein – die zentrale Gründungsaussage der Mayors for Peace.

Biographie eines Atombombenüberlebenden

Von Riho Taguchi und Heidemarie Dann (Lektorin) wurde die Biographie von Tetsushi Yonezawa, einem Atombombenüberlebenden (Hibakusha) aus dem Japanischen ins Deutsche übersetzt.¹⁷⁾

Diese Biographie wurde für die Öffentlichkeitsarbeit des Hiroshima-Bündnisses genutzt. In der Hochschule für Kunst und Design Hannover fand diese besonderes Interesse. Die Student*innen setzen ihre Eindrücke in besonderen Kunstwerken um, die in einer Ausstellung im



Einige der Bilder konnten wir am Hiroshima-Hain zu der Gedenkveranstaltung aufhängen.

Die Stadtnamen der hier aufgehängten Bilder von links nach rechts lauten Luxor (Ägypten), Montevideo (Uruguay), Tiflis (Georgien), Neu Dehli (Indien).

17 <https://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Politik/Politische-Gremien/Mayors-for->

hannoverschen Rathaus anlässlich des 40-jährigen Bestehens der Städtepartnerschaft im Mai 2023 gezeigt wurde.

Die beispielhafte künstlerische Umsetzung befasst sich mit dem Schwarzen Regen, der auf Hiroshima und Umgebung nach dem Atombombenabwurf niederging und trägt den Titel „Nue Fallout“. Die Studentin Svenja Gielen bezog sich auf den Mythos „der Nue Chimäre. Das Wesen wird meist in einer grauen verwirbelten Wolke dargestellt, welches als böses Omen über die Menschheit hereinbricht. ...“

Diese Verknüpfung mit dem 1. Atombombenabwurf am 6.8.1945 auf eine nichtsahnende Stadt bringt die Folgen des radioaktiven Regens mit seinen Auswirkungen auf alle Lebewesen, die an den Strahlenschäden starben oder für den Rest ihres Lebens zu leiden haben, sehr gut zum Ausdruck.

Die Fertigstellung mit der Übersetzung hatte sehr viel Zeit – mehrere Monate in 2022 – in Anspruch genommen, so dass für andere Aktivitäten kaum noch Kapazitäten übrig blieben.

Der Titel der Biographie lautet: Die wahre Geschichte eines zehnjährigen Jungen Tetsushi Yonezawa, der den Atombombenabwurf überlebte „**Glatzkopf Tetsu**“. Sie umfasst den Zeitraum vom Atombombenabwurf am 6.8.1945 bis zur Gegenwart, wie Tetsushi diesen überlebte, welchen katastrophalen Folgen er persönlich ausgesetzt war. Es wird aufgezeigt, wie überfordert die japanische Regierung in dieser Situation war zu handeln, um den Hibakushas die erforderliche Unterstützung zukommen zu lassen.

Das Besondere der Biographie besteht darin, dass sich Tetsushi Yonezawa bis zuletzt aktiv für den Atomwaffenverbotsvertrag und eine atomwaffenfreie Welt einsetzte. Er verstarb am 12.

November 2022. So konnte er nicht mehr die Reise nach Hannover unternehmen. Der Autor der Biographie (Kenji Yamamoto) übernahm es dann, ‚Glatzkopf Tetsu‘ bei einer Veranstaltung der Mayors for Peace im hannoverschen Rathaus vorzustellen.

Im Gedenken an Tetsushi Yonezawa konnte das Hiroshima-Bündnis diese Biographie gegen Spende an Interessierte weitergeben, um die Einnahmen auf das Konto des Aktionsbündnisses atomwaffenfrei.jetzt - ganz im Sinne seines Engagements zu überweisen.



Tetsushi Yonezawa und Dr. Meschat-Peters.
Foto: H. Dann

Heidemarie Dann ist aktiv im Hiroshima-Bündnis Hannover. Sie ist zu erreichen unter:
Heidemarie.Dann@t-online.de

Kommunale Konfliktberatung

Ornella Gessler und Felix Hänche

Wie kann Kommunale Konfliktberatung zu einem friedlicheren Zusammenleben in Kommunen beitragen? Wie hängen konstruktive Konfliktbearbeitung und Friedensarbeit vor Ort zusammen? Diese Fragen stellte sich die Arbeitsgruppe „Kommunale Konfliktberatung“ von Ornella Gessler und Felix Hänche (K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V.) im Rahmen des Fachgesprächs zur kommunalen Friedensarbeit. Kommunale Konfliktberatung basiert auf dem Konzept der Konflikttransformation, und wirkt darauf hin, Konflikte in konstruktive Bahnen zu lenken und so das Zusammenleben in Gemeinden und Städten nachhaltig zu verbessern. Dabei geht es nicht um die Vermeidung von Konflikten, sondern vielmehr um die Art und Weise, wie diese bearbeitet werden. In Anlehnung an die von Hanne-Margret Birckenbach und anderen ausgearbeiteten „friedenslogischen Handlungsprinzipien“¹⁸ wird deutlich: Ein konstruktiver Umgang mit Konflikten ist zentral für Friedensarbeit vor Ort.



Die AG zu kommunaler Konfliktberatung.

Verbindung zwischen Konflikten und Frieden: Friedenslogische Überlegungen

Kommunale Konfliktberatung befasst sich, wie im Namen impliziert, zumindest vordergründig mit Konflikten und weniger mit Frieden. Allerdings sind Frieden und Konflikt enger miteinander verknüpft, als es manche Beobachter*innen vermuten würden. Der systemische Ansatz der kommunalen Konfliktberatung unterstützt Kommunen dabei, die Rahmenbedingungen von Konflikten so zu verändern, dass diese Konflikte konstruktiv ausgehandelt werden können und das Zusammenleben friedlicher gestaltet wird. So entsteht ein Zustand mit abnehmender physischer und struktureller Gewalt sowie zunehmender sozialer Gerechtigkeit. Auf der kommunalen Ebene kann das z.B. verbesserte Beziehungen und mehr Vertrauen zwischen (vormaligen) Konfliktparteien oder eine stärkere Teilhabe in politischen und administrativen Prozessen bedeuten.

Aber wie verhalten sich konstruktive Konfliktbearbeitung und Frieden zueinander? In ihrem Buch „Friedenslogik verstehen: Frieden hat man nicht, Frieden muss man machen“ (2023) führt Hanne-Margret Birckenbach aus, dass ein konstruktiver Umgang mit Konflikten ein elementarer Bestandteil von Frieden ist: „Nicht die Allgegenwart von Konflikt, sondern die Form des Konfliktaustrags wird zum Kernproblem für die Entwicklung und Pflege friedlicher Beziehungen.“¹⁹ Konflikte sind nicht nur eine potenzielle Herausforderung für den Frieden. Sie sind Indikator für einen Veränderungsbedarf, auf den reagiert werden sollte, sodass möglichst alle Mitglieder einer kommunalen Gesellschaft zufrieden mit der Situation, in der sie sich befinden, sein können. Die Art und Weise, wie eine Gesellschaft mit ihren Konflikten umgeht, ist daher auch ein Gradmesser dafür, wie friedlich

18 Birckenbach, Hanne-Margret (2023): Friedenslogik verstehen: Frieden hat man nicht, Frieden muss man machen, Frankfurt (Main), Wochenschau Verlag; Plattform Zivile Konfliktbearbeitung (Hrsg.) (2018): Beiträge zur Friedenslogik. Reader, Berlin, Plattform Zivile Konfliktbearbeitung.

19 Ebd: S. 32.

diese Gesellschaft ist.

Konflikttransformation, so Hanne-Margret Birckenbach, „führt aus konfrontativen Beziehungen heraus und öffnet das Tor zu einem Weg, auf dem Koexistenz, Kooperation und positiver Frieden möglich werden.“²⁰ Daraus wird zweierlei deutlich: Erstens, ist der Bezugspunkt von Konflikttransformation ein positiver Friedensbegriff, der Frieden als prozesshafte und sukzessive soziale Interaktion versteht. Zweitens, ist dieser Frieden auf konflikttransformatorische Ansätze, wie die Kommunale Konfliktberatung, angewiesen. Allerdings sind diese Ansätze, natürlich, *kein Allheilmittel* – sie *ermöglichen* Frieden, können also in diesem Unterfangen durchaus scheitern.

Praxis der Kommunalen Konfliktberatung

Kommunale Konfliktberatung basiert auf Erkenntnissen aus der Friedens- und Konfliktforschung und der Konfliktbearbeitungspraxis sowie auf der stetigen Reflexion von Erfahrungen aus Beratungsprozessen und begleitender Forschung.²¹ Sie baut auf der Tradition der Zivilen Konfliktbearbeitung in Deutschland auf, die in den 1990er Jahren basierend auf Erfahrungen aus der internationalen Friedensarbeit institutionalisiert wurde. Damit ist sie Teil eines breiten „Spektrums zivilen Engagements, das darauf abzielt, gesellschaftliche Konflikte gewaltfrei, friedlich und konstruktiv zu bewältigen.“²²

Kommunale Konfliktberatung verortet sich im Ansatz der Konflikttransformation.²³ Laut diesem beinhalten Konflikte nicht nur destruktive Dynamiken, sondern sie bergen – wenn sie gewaltfrei ausgetragen werden – auch die Chance, Selbstwirksamkeit und gegenseitiges Verständnis zu erfahren.²⁴ Damit ist Kommunale Konfliktberatung auch in den friedenslogischen Handlungsprinzipien verortet, die ebenfalls Entwicklungschancen in Konfliktzusammenhängen betonen. Im Gegensatz zu sicherheitslogischen Maßnahmen, wie z. B. einem verstärkten Einsatz von Kameraüberwachung oder Polizeikräften, adressieren friedenslogische Ansätze wie die Kommunale Konfliktberatung die Ursachen, die Konflikten zu Grunde liegen, statt nur ihre „Symptome zu behandeln“.²⁵

Kommunale Konfliktberatung geht davon aus, dass Menschen politische und gesellschaftliche Veränderungen unmittelbar und alltäglich in ihrer Stadt, Gemeinde und Kommune erleben. Veränderungen und Umbrüche werden dort oft von konflikthaften Aushandlungen begleitet. Deshalb müssen Konflikte auch an dieser Stelle – also auf der kommunalen Ebene – bearbeitet werden. Gerade im Lokalen ist ein konstruktiver und demokratischer Umgang mit Konflikten von großer Bedeutung. Nicht umsonst gelten Kommunen als

20 Ebd: S. 65.

21 Z. B. Berndt, Hagen/Lustig, Sylvia (2016): Kommunale Konfliktberatung – ein Beitrag zum Umgang mit Fragen des Zuzugs und der Integration, in: Warndorf, Peter K. (Hrsg.), Integration – zwischen Konflikt und Prävention, Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit in der Kommune für die Kommune, Bd. 3. Münster, Münsterscher Verlag für Wissenschaft; Blunck, Marike/Gatzemeier, Ulrike (2022): Einführende Gedanken und Aufbau der Publikation, in: K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V./Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (Hrsg.): Kommunale Konfliktberatung. Grundsätze und Praxis, Salzwedel/Bonn, K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V./Forum Ziviler Friedensdienst, S. 7.

22 Rieche, Bernd/Starke, Christof (2021): Zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland, eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 9/2021, https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_rieche_starke_210923.pdf (03.12.2024), S. 1.

23 Z.B. Lederach, John P. (2014): The Little Book of Conflict Transformation, New York, Good Books.

24 Berndt, Hagen/Lustig, Sylvia (2016), S. 38; Blunck, Marike/Gatzemeier, Ulrike (2022), S.7.

25 Berndt, Hagen/Lustig, Sylvia (2016), S.75f; Berndt, Hagen/Gessler, Ornella (2021): Kommunale Konfliktberatung. Herausforderungen gesellschaftlicher Veränderungen friedenslogisch bearbeiten, Wissenschaft & Frieden 39(4), S. 44.

„Schulen der Demokratie“²⁶, denn hier erlernen und erfahren die Bürger*innen die politische Auseinandersetzung nach demokratischen „Spielregeln“.

Kommunale Konfliktberatung unterstützt seit 2009 Städte, Gemeinden und Landkreise bei der Bearbeitung vielschichtiger lokaler Konflikte. Der systemische Ansatz wurde am Forum Ziviler Friedensdienst e.V. entwickelt und wird seit 2016 zusammen mit dem K3B weiterentwickelt und bundesweit umgesetzt.²⁷ Kommunale Konfliktberatung unterstützt dabei, die Interessen und Bedürfnisse verschiedener Gruppen in der Kommune sichtbar zu machen und die Zusammenhänge und Hintergründe lokaler Herausforderungen zu verstehen. Durch Kommunale Konfliktberatung können lokale Potenziale und Ressourcen für den konstruktiven Umgang mit Konflikten identifiziert und aktiviert sowie konkrete Handlungsoptionen und nachhaltige Strukturen zur Konfliktbearbeitung entwickelt werden. Dabei geht Kommunale Konfliktberatung systemisch, allparteilich, prozessorientiert und mit Blick auf Konflikte und kommunale Räume vor.²⁸

Die Themen, zu denen in den letzten Jahren Beratungsprozesse durchgeführt wurden, sind vielfältig. Dazu zählen u.a. Konflikte um soziale, wirtschaftliche und politische Partizipation (z. B. zu politischen Neustrukturierungen und Gemeindegebietsreformen), Konflikte um den Umgang mit kultureller, ethnischer und religiöser Vielfalt (z. B. zur Einrichtung von Unterkünften für Geflüchtete oder Gebetsstätten), Konflikte im Zusammenhang mit der Energiewende und Folgen des Klimawandels (z. B. zum Ausbau erneuerbarer Energien), sowie urbane Konflikte (z.B. zu Lärmbelästigung, Müll, nächtlichem Feiern, der Nutzung und Sicherheit von öffentlichen Räumen, Gentrifizierung).

Für die Umsetzung der Konfliktberatung in den Kommunen sind in der Regel zwei Konfliktberater*innen verantwortlich, die in einem engen Austausch mit allen wichtigen Akteuren vor Ort stehen. Eine der Aufgaben dieser Berater*innen ist es, den Konflikt durch das Erarbeiten und Vorstellen einer Systemischen Situations- und Konfliktanalyse besprechbar zu machen. Auf der Grundlage dieser Analyse arbeiten die beteiligten kommunalen Akteure Handlungsoptionen aus und verständigen sich auf die Umsetzung verschiedener Optionen. Dieser Prozess wird von den Konfliktberater*innen begleitet und unterstützt. Trotzdem behalten die kommunalen Akteure stets die Verantwortung für den Prozess der Konfliktbearbeitung in „ihrer“ Kommune.

Kommunale Konfliktberatung: Ein Beitrag zur lokalen Friedensarbeit

Kommunale Konfliktberatung unterstützt dabei, die Rahmenbedingungen von Konflikten so zu verändern, dass sie konstruktiv ausgehandelt werden können. Dies kann nicht nur zur Deeskalation von Konflikten beitragen, sondern auch langfristig das friedliche Zusammenleben und die gesellschaftliche Weiterentwicklung stärken. Solche Veränderungen können z. B. verbesserte Beziehungen und mehr Vertrauen zwischen (vormaligen) Konfliktparteien oder eine stärkere Berücksichtigung von Beteiligungsformaten in politischen und administrativen Prozessen beinhalten. So trägt Kommunale Konfliktberatung zu einem konstruktiveren und friedlicheren Miteinander in den Kommunen bei.

26 Schwartling, Timo (2012): Basislager der Demokratie: Kommunalpolitik und kommunale Demokratie in Gemeinden und Städten, <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/lokaljournalismus/151125/basislager-der-demokratie/> (27.11.2024).

27 Weiter Informationen dazu finden Sie unter <https://www.kommunale-konfliktberatung.de/>.

28 K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V./Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (Hrsg.) (2022): Kommunale Konfliktberatung. Grundsätze und Praxis, Salzwedel/Bonn, K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V./Forum Ziviler Friedensdienst.

Literaturverzeichnis

Berndt, Hagen/Gessler, Ornella (2021): Kommunale Konfliktberatung. Herausforderungen gesellschaftlicher Veränderungen friedenslogisch bearbeiten, Wissenschaft & Frieden 39(4), S. 44.-46.

Berndt, Hagen/Lustig, Sylvia (2016): Kommunale Konfliktberatung – ein Beitrag zum Umgang mit Fragen des Zuzugs und der Integration, in: Warndorf, Peter K. (Hrsg.), Integration – zwischen Konflikt und Prävention, Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit in der Kommune für die Kommune, Bd. 3. Münster, Münsterscher Verlag für Wissenschaft.

Birckenbach, Hanne-Margret (2022): Friedenslogik verstehen: Frieden hat man nicht, Frieden muss man machen, Frankfurt (Main), Wochenschau Verlag.

Blunck, Marike/Gatzemeier, Ulrike (2022): Einführende Gedanken und Aufbau der Publikation, in: K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V./Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (Hrsg.): Kommunale Konfliktberatung. Grundsätze und Praxis, Salzwedel/Bonn, K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V./Forum Ziviler Friedensdienst, S. 6-11.

K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V./Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (Hrsg.) (2022): Kommunale Konfliktberatung. Grundsätze und Praxis, Salzwedel/Bonn, K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V./Forum Ziviler Friedensdienst.

Lederach, John P. (2014): The Little Book of Conflict Transformation, New York, Good Books.

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung (Hrsg.) (2018): Beiträge zur Friedenslogik. Reader, Berlin, Plattform Zivile Konfliktbearbeitung.

Rieche, Bernd/Starke, Christof: Zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland, eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 9/2021, https://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_rieche_starke_210923.pdf (03.12.2024).

Schwartling, Timo (2012): Basislager der Demokratie: Kommunalpolitik und kommunale Demokratie in Gemeinden und Städten, <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/lokaljournalismus/151125/basislager-der-demokratie/> (27.11.2024).

*Ornella Gessler und Felix Hänche sind Mitarbeiter*innen des K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V.*

Ornella Gessler leitet das Projekt „Emotion und Raum in der Kommunalen Konfliktberatung“ innerhalb des vom BMBF-geförderten Verbundvorhabens „Netzwerk Lokale Konflikte und Emotionen in Urbanen Räumen: Transdisziplinäre Konfliktforschung in Wissenschaft-Praxis-Kooperationen“. Felix Hänche arbeitet im Projekt „Vielfalt und Integration gemeinsam gestalten - Strategien für Kommunen im Wandel“, das durch den Asyl-, Migrations-, und Integrationsfonds der Europäischen Union, das Bundesministerium des Inneren und für Heimat, das Landesprogramm #wirsinddasLand Sachsen-Anhalt, das Bündnis für Brandenburg, den Landespräventionsrat Thüringen, das Landesprogramm Weltoffenes Sachsen sowie das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen“ gefördert wird.

Friedensarbeit in Halle

Christof Starke

In diesem Workshop wurde die Vorstellung der Arbeit des Friedenskreis Halle e.V. als ein konkretes Beispiel lokaler Friedensarbeit mit dem gemeinsamen Austausch der Teilnehmenden über friedenspolitische Veränderungsprozesse verbunden.

Hierzu wurde das von Ruth Seliger in ihrem Buch „Systemische Beratung der Gesellschaft. Strategien der Transformation“ von 2022 entwickelte Modell des „Strategiekompass für den Weg der Transformation“ als Grundstruktur genutzt. Nach diesem müssen für Transformationen die Antriebskräfte, Visionen, Ressourcen und ersten Schritte der Veränderung in den Blick genommen werden.

Als Ausgangspunkt wurden im Workshop unter der Frage „Was ist Frieden?“ die jeweiligen Visionen und Ziele der Teilnehmenden in den Blick genommen. Für den Friedenskreis Halle sind dieses im Leitbild verankert:

„Unser Engagement (...) ist durch ein dynamisches Friedensverständnis bestimmt: Frieden begreifen wir nicht als Zustand, nicht als ein fernes Ziel und auch nicht nur als die Abwesenheit von Krieg. Frieden ist für uns ein Weg zu einem partnerschaftlichen, gerechten und gewaltfreien Zusammenleben in Vielfalt, wodurch die Entfaltung und Freiheit des Einzelnen möglich werden. Wir setzen uns für aktive Gewaltfreiheit, konstruktive sowie zivile Konfliktbearbeitung, gelebte Demokratie, transkulturelle Vielfalt und globale Gerechtigkeit ein.“

Der Gründungsimpuls des Friedenskreis Halle 1990 schöpfte sich dabei aus den Visionen der oppositionellen Friedensarbeit in der DDR, der sogenannten „Bausoldaten“ als „waffenlosem Dienst in der NVA“ sowie der gewaltfreien Revolution von 1989.

Von den Teilnehmenden wurde ähnliche grundlegende Friedensvisionen mit jeweiligen für das persönliche Engagement oder die Gruppe/Organisation spezifischen Element benannt.

Im zweiten Schritt wurde auf die friedenspolitischen Herausforderung im Sinne der treibenden Kräfte bzw. notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen geschaut. Für den Friedenskreis Halle wurde dies mit der Entwicklung seiner Friedensarbeit parallel zu den gesellschaftlichen Ereignissen vom Ende des kalten Kriegs über die Kriege in Irak, ehemaligen Jugoslawien, Afghanistan und Syrien bis zu den aktuellen gewaltsamen Konflikten in der Welt heute, insbesondere in der Ukraine und im Nahen Osten sowie den damit verbundenen politischen Debatten und Entwicklungen z.B. zum Einsatz der Bundeswehr oder zivilen Alternativen veranschaulicht. Für den Friedenskreis Halle waren und sind aber auch immer die politischen Entwicklungen und lokale Ereignisse für das Engagement, wie Aufnahme von Geflüchteten aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Ukraine, gewaltsame rassistische Anschläge von 1992 in Rostock bis 2019 in Halle und das Erstarken des Rechtsextremismus und -populismus, prägend.

Von den Teilnehmenden wurden als aktuelle Herausforderungen insbesondere die Frage der Waffenlieferungen an die Ukraine und die Debatten um die Frage der „Rechtoffenheit der Friedensbewegung“ aber auch die „gesellschaftliche Spaltung“ und der Klimawandel



In diesem Haus befindet sich das Büro des FK Halle. Das „Reformhaus Halle“ wird seit 1990 von Bürger*innenbewegungen in Halle genutzt. Es versteht sich als „lebendiges Denkmal“ für aktive Demokratie und „alternatives Bürohaus“ für gesellschaftliches Engagement. www.reformhaus-halle.de/

benannt.

Als dritten Schritt wurde auf die aktuellen oder jetzt anstehenden „Ersten Schritte der Veränderung“ geschaut. Für den Friedenskreis Halle sind dies zahlreiche Aktivitäten und Projekte in den Feldern politisches Engagement, Bildungsarbeit, lokales Engagement und internationale Zusammenarbeit. Mit einigen ausgewählten Beispielen wie dem Bildungsprogramm „Wir lieben Konflikte!“, der Aufnahme und Entsendung von internationalen Freiwilligen sowie der Trägerschaft für das TEKIZ als Ort der Solidarität und Begegnung zum Anschlag von 9.10. 2019 wurde die Arbeit der Vereins und seiner Mitarbeiter*innen veranschaulicht.

Über die von den Teilnehmenden unter der Frage „Zusammen für den Friedens“ gesammelten Schwerpunkte des jeweiligen Engagements wurde die Breite der lokalen Friedensarbeit noch mal erweitert und verdeutlicht.

In der anschließenden offenen Diskussion ging es um die Themen:

- finanzielle Ressourcen und staatliche Unterstützung der Friedensarbeit
- notwendige interne Veränderungsprozesse in der Friedensarbeit und Friedensbewegung insbesondere in Bezug auf den Einbezug von jungen Menschen und unterschiedlichen politischen und persönlichen Hintergründen
- die Rolle und den Einfluss der Medien und digitalen Kommunikationsplattformen für die gesellschaftlichen Debatten
- und die Frage der Abgrenzung von rechten Akteuren und Positionen.

Christof Starke ist Mitarbeiter des Friedenskreis Halle. Er ist dort zuständig für die Koordination von politischem Engagement, lokalem Engagement und der Geschäftsstelle und leitet / begleitet die Projekte Aktions- und Bildungsfonds, Schnittstellenarbeit "tumult" und KoKoMa.



Postkarten des FK Halle

Dokumentation: Was hat sich bewährt?

	1. Was hat sich bewährt?	Was läuft nicht mehr, was kann ins „Archiv“?	Was sind Herausforderungen?	Was sind neue Ideen für die Zukunft?	Habt Ihr eine Forderung an die Politik?
AG 1, <i>!Friedensstadt Freiburg!</i> – (Christoph Bese-mer)	Bündnis ge-schaffen	Reaktion war spärlich	Junge Leute aktivie-ren Bilder schaffen für Medien	10 Forderungen an Kom-munalpolitik nochmal runterbrechen und kon-kretisieren, sodass sie besser bearbeitbar sind	Keine Stadt sollte mili-tärisch verteidigt wer-den, weil sie dadurch zerstört wird. Deshalb Soziale Verteidigung
	Erfolgreiche Veranstaltun-gen	Zeitungs-Anzeigen klappten nicht	Weniger verkopfte Menschen finden	Mit Stadt besser ins Ge-spräch kommen	
	Gruppe entstan-den		Kreative Aktionen – wie?	Filme zeigen und gute Beispiele aufzeigen (Jac-ques Semelin über Wi-derstand gegen Hitler z.B, Petra Kelly Film, Nicolai-Kirche	
			Wenn Stadt selbst nichts tut, muss Zivil-gesellschaft nachhel-fen	Jahrestage der Bombar-dierung der Städte mit aufgreifen, um an Op-tion Offene Städte zu erinnern	
				Demoslam.org	
				Fachleute einladen (z.B. Nolte-Brüder zu Defen-siver Verteidigung)	
AG 2 Städtepart-nerschaften für Frieden nutzen.	An die drei Ziele erinnern: Nicht nur	Unsere Arbeit hat sich im o.g. Sinn 'reduziert', so dass wir auf dem	Wir werden über un-sere Weiterarbeit im Hiroshima-Bündnis	Die Unterstützung der Aktivitäten der MfP's bleibt nach wie vor eine	Die Tatsache, dass sich inzwischen mehr als 800 Kommunen (zum

Bund für Soziale Verteidigung e.V.

Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Telefon 05 71 - 29 45 6
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Projektseiten:

www.friedensbildung-nrw.de
www.ifgk.de
www.kraft-der-gewaltfreiheit.org
www.love-storm.de
www.share-peace.de
www.wehrhaftohnewaffen.de

BSV ist Mitglied dieser Organisationen:

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden
Eine Welt Netz NRW
Forum Ziviler Friedensdienst
Kooperation für den Frieden
Netzwerk Friedenskooperative
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

<p>Erfahrungen einer Stadt, die Partnerschaft mit russischer Stadt nicht auf Eis gelegt hat (vorbereitet von Heidemarie Dann, von der die jeweils ersten Einträge in den Spalten stammen. Die anderen wurden in der AG gesammelt.)</p>	<p>Atomwaffenfreie Welt, sondern auch resiliente Städte und Kultur des Friedens. Lobend ansprechen, was Städte in den Bereichen ggf. schon tun</p>	<p>Hintergrund unserer positiven Erfahrungen die beiden Termine - das Kirschblütenfest und den Gedenktag zum 5./6. August inhaltlich vorbereiten und gestalten.</p>	<p>entscheiden müssen, da die Kapazitäten im Bündnis auf wenigen Schultern lasten.</p>	<p>unserer Aufgaben, aber sie sind mit der Hauptzielrichtung, dass die Bundesregierung den Atomwaffenverbotsvertrag endlich unterschreibt. Dafür tritt das HiBü in Kooperation mit vielen anderen Organisationen und dem Aktionsbündnis atomwaffenfrei.jetzt schwerpunktmäßig ein.</p>	<p>Vergleich 2004: ca 400) unter dem Motto "Städte sind keine Atombombenziele" in dem weltweiten Bündnis zusammengeschlossen haben sollte von der Politik nicht weiter ignoriert werden und von uns - dem HiBü - in politische Aktivitäten übersetzt werden.</p>
	<p>Kooperation Zivilgesellschaft-Stadt/Bezirk Die Kooperation mit dem Büro der MfP hat sich über den Zeitraum aus meiner Sicht zunehmend verbessert. Das Hi-Bü ist weiterhin eine wichtige Initiative (kein e.V.), auf die die Stadtpolitik zählen kann. (Dazu: ein Flyer</p>	<p>Dinge, die mal unternommen wurden, werden vergessen</p>	<p>Die größte Herausforderung besteht darin, junge Menschen für die Arbeit im HiBü zu interessieren und Aktivitäten dafür zu entwickeln.</p>	<p>Japan. Jugendorganisation einladen (ICAN-Mitglieder). (Hibakusha selbst sind zu alt, höchstens noch per Video zuschaltbar)</p>	<p>Finanzielle Förderung von Aktivitäten jenseits des Flaggentags</p>

	zum diesjähri- gen Gedenktag) Wichtig war uns immer, die poli- tische Aussage, dass die Atom- waffen nie wie- der zum Einsatz kommen.				
	Flaggentag als Termin		Bürgermeister*innen an Orten zu interessie- ren, die nicht mehr ak- tiv sind (wo Vorgänger Mitglied wurden)	Videos, Filme zeigen	
	Mediale Auf- merksamkeit, weil es Veran- staltung der Stadt ist		Reaktionen: „Nicht un- ser Thema“, oder, al- ternativ: „Zu schrecklich, will ich mich nicht mit befas- sen“	Buch der IPPNW für Schüler*innen und Er- wachsene (Die alte Dame aus Hiroshima“, https://www.hiros-hima.med.or.jp/ippnw/books/pdf/one_day_in_hiroshima_de.pdf	
	Kraniche bas- teln (auch mit Kindern)		Interesse von jungen Leuten? Sind Gedenk- veranstaltungen inte- ressant?	Schulprojekt: Kraniche zeichnen und an Bürger- meister übergeben. Schickt sie nach Japan. Bekommt dafür recycel- tete Produkte	
	Videos von		Wie mit aktuellen	Oder am Vorabend on	

	Zeitzeugen, auch zum Thema nicht-japan. Opfer		Themen verbinden. Reicht Gedenken aus?	6.8.: Kerzen auf Gewässer aussetzen. (Gut, Stadt dabei zu haben, auch wegen Müllabfuhr)	
	Bäume pflanzen (Samen von Bäumen, die Atombombe überlebt haben)		Streitpunkte wie „Waffen an die Ukraine“	Vier Gedenktage: Kirschblütenfest und Tschernobyl; Ende 2. WK in Europa, 6.-8.8., Weltfriedenstag 21.9	
			Städte sind klamm, Aktivitäten dürfen nichts kosten	Mit neuen MSR und Atomkriegsgefahr in Europa verbinden, oder: Mit Gefahr in Ostasien verbinden	
				Bundesweite Konferenz der MfP nächstes Jahr anregen	
AG 3, Kommunale Konfliktberatung (Ornella Gessler und Felix Hänche)	Lokales Wissen und Ressourcen nutzen	Top-Down, von außen Lösungsansätze überstülpen	Unklare Fördersituation	Mehr Räume für Begegnungen, z.B. mit migrantischen Gruppen	Förderung schaffen Back-up vom Bund, falls auf Landesebene Förderungen wegfallen
	Konfliktanalyse machen		Gesellschaftliche Polarisierung		Schneller Übertragung von Wissenschaft in Praxis
	Bestimmte Umgangsformen in		„In“ oder „on“ conflict (Rolle externer und		Back-up vom Bund, falls auf Landesebene

	Diskussionen pflegen		interner Beratung)		Förderungen wegfällen
AG 4, Friedensarbeit in Halle (Christof Starke)	Leitbild haben und umsetzen, aber nicht sklavisch (flexibel), z.B. Zusammenarbeit mit nicht explizit Gewaltfreien	Manche Aktionsformen vielleicht, die in Halle keinen Anklang finden (z.B. Ostermarsch, das findet aber Widerspruch im Plenum)	Waffenlieferungen an Ukraine als Streitthema hat Zusammenarbeit erschwert	Vernetzung von Gruppen (in Halle) Respekt vor anderen Meinungen und Suche nach Gesprächen zwischen Gruppen untersch. Positionen (z.B. Friedenswerkstatt in Halle)	Keine gesammelt
	Klarheit, z.B. bei Unterstützung KDVer aus Russland		Lagerdenken, Polarisierung, Schwarzweißdenken	Unterscheidung zwischen Menschen und Institutionen (einladen als Personen, nicht als Vertreter eines Vereins / Partei)	
	Fokus auf konstruktive Arbeit (z.B: humanitäre Hilfe, Menschen aus Konfliktgebieten eine Stimme geben)		Viele Aktive glauben, dass Transformation in Gesellschaft notwendig ist, das aber in aktuellen Diskussionen untergeht	Doch wieder Ostermärsche machen	